

## Eva Wildfellner

Die Verwaltungsjuristin und  
erfahrene Beamtin managt  
als Kabinettsdirektorin die  
Präsidentschaftskanzlei



---

### BEKÄMPFTE DEMOKRATIE

Wie stabil sind Europas politische Systeme? Ein Gespräch darüber, was noch besser werden muss.

---

### BESORGTE MEDIZIN

Österreichs Gesundheitssystem hat einen guten Ruf – und ist in der Krise. Mehr Personal und Geld sind notwendig.

---

### BLEIBENDE TEUERUNG

Die Inflation in Österreich ist deutlich höher als in anderen Eurostaaten. Die Gründe dafür sind divers.



# Weil in jeder Immobilie eine Chance steckt

- ✓ Kostenlose Immobilienbewertung erhalten
- ✓ Immobilien einfach privat inserieren
- ✓ Oder vom Profi vermitteln lassen



Für Eigentümer:innen  
Alle Services, News und  
Marktdaten gibt's hier  
← [immoscout24.at/eigentum](https://immoscout24.at/eigentum)

0800 – 400 483

Verkaufsberatung am Telefon  
von unserem Partner **immoverkauf24**

**Immo**  
**Scout24**



**Martin Fleischhacker**  
Geschäftsführer der  
Mediengruppe Wiener Zeitung

## Liebe Leserinnen und Leser,

spüren Sie sie auch, die warme Jahreszeit? Die Tage sind länger und die Natur zeigt sich von ihrer grünen und blütenreichen Seite. Doch die steigenden Temperaturen haben auch negative Auswirkungen – auf die Umwelt und auf uns Menschen. Wie Klimaschutz im Alltag funktioniert und welche „grünen“ Jobs es gibt, kann man während des **Freiwilligen Umweltjahres** lernen. **Xaver** und **Benjamin** haben das Klassenzimmer gegen die freie Natur getauscht. Und erfahren nun, wo Umweltschutz überall eine Rolle spielt – und wo und wie wir alle mitwirken können.

**Eva Wildfellner** ist **Kabinettsdirektorin in der Präsidentschaftskanzlei** und bringt viel Führungs- und Verhandlungserfahrung aus verschiedenen Ministerien mit. Was ihr in der modernen Verwaltung wichtig ist? „Loyalität dem Amt, dem Staat und seinen Aufgaben gegenüber“, sagt die Spitzenbeamtin im Interview.

Beim diesjährigen Europäischen Forum Alpbach lautet ein Schwerpunkt „Reinforcing Democracy in Europe“. Gefragt wird, was gegen eine **drohende Entdemokratisierung** auf unserem Kontinent zu tun ist. In einem Doppelinterview diskutieren **Andreas Treichl, Präsident des Europäischen Forums Alpbach**, und die **Politikwissenschaftlerin Daniela Ingruber** über die Krise des Parteiensystems, die Nöte des Politikerberufs und neue Ansätze, die Mut machen.

Hilferufe kommen derzeit aus den Spitälern: Es fehlt an Personal, geplante Operationen müssen verschoben werden und die Menschen sind nicht mehr so zufrieden mit dem **Gesundheitssystem**, wie sie es zuvor waren. Eine Folge der Pandemie? Nur bedingt, erklärt die Ökonomin **Maria M. Hofmarcher-Holzhacker**.

In einem sensiblen Geschäftsfeld bewegen sich die **Casinos Austria**. Viele Menschen mögen das Glücksspiel, wie Roulette oder Poker – für andere birgt es jedoch ein hohes Suchtpotenzial, sie müssen geschützt werden. Das Porträt eines Unternehmens, das einer der größten Steuerzahler des Landes ist.

Der **Österreichische Rundfunk** ist ein unabhängiges, öffentlich-rechtliches Medienunternehmen. In dieser Ausgabe lesen Sie über die lange Geschichte des ORF, und wir werfen einen Blick in die Zukunft. Auch die **Teuerung** beschäftigt uns. Doch warum ist die Inflation in Österreich im Vergleich zu den meisten EU-Ländern derart hoch? Wir haben nachgefragt.

Damit wünsche ich Ihnen eine inspirierende Lektüre und einen schönen Sommer! In der nächsten Ausgabe von „Die Republik – das Verwaltungsmagazin“ widmen wir uns übrigens gänzlich dem Natur- und Klimaschutz. Denn wir alle können etwas dazu beitragen!

Ihr Martin Fleischhacker

### IMPRESSUM:

Die Republik – das Verwaltungsmagazin 02/2023 ist eine Verlagsbeilage der Wiener Zeitung GmbH.  
Medieninhaber, Verlagsort Wiener Zeitung GmbH, Media Quarter 3.3, Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien, T.: +43 1 20699-0  
Geschäftsführung Martin Fleischhacker Chief Commercial Officer Markus Graf  
Leitung Corporate Publishing & Content Production Nadja James Koordination und Abwicklung Cornelia Ritzer  
Autorinnen und Autoren Lisa Blazek, Rainer Brunnauer-Lehner, Sabina König, Teseo La Marca, Marion Pertschy, Cornelia Ritzer, Lauren Seywald, Clemens Stachel, Julia Strohdorfer Lektorat Oliver Poschner Fotoredaktion Marion Pertschy  
Designkonzept & Art Direction Dominik Uhl/designundcode.at Anzeigenleitung Manfred Svec  
Produktion Alexandra Kauer Druck Ferdinand Berger & Söhne GmbH, 3580 Horn  
Offenlegung gem. § 25 Abs. 2 & 3 Mediengesetz: [www.wienerzeitung.at/unternehmen/impressum/95\\_Impressum.html](http://www.wienerzeitung.at/unternehmen/impressum/95_Impressum.html)





02/2023

# Inhalt

## Fokus auf Frauenförderung 22

Seit Anfang 2023 ist Eva Wildfellner die Kabinettsdirektorin in der Präsidentschaftskanzlei. Die Juristin und erfahrene Beamtin pocht im Interview auf mehr Frauen in Spitzenfunktionen: „Wir dürfen nicht lockerlassen.“

### Geschützt, sauber, Donau 06

Wasserstraßen, Schleusen und zahlreiche Projekte zur Verbesserung des Lebensraums für Mensch und Tier – das sind die Aufgabefelder des Unternehmens viadonau und seiner 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

### Stärkung der Demokratie 12

Das Wort „Demokratie“ bedeutet „Herrschaft des Volkes“. Doch immer mehr Menschen fühlen sich von der Politik enttäuscht. Andreas Treichl und Daniela Ingruber suchen im Doppelinterview nach den Gründen.

### Gesundheitswesen am Limit 16

Wer in Österreich krank wird, erhält eine gute Versorgung. Doch Personalmangel und Unterfinanzierung höhlen das an sich gute Gesundheitssystem immer mehr aus. In den Finanzausgleichsverhandlungen wird über ein zukunftsfähiges Modell nachgedacht.

### Was Primärversorgung leistet 21

Hausärztinnen und Hausärzte leisten viel für die Menschen. Doch es braucht bessere Rahmenbedingungen und Anreize, sagt Expertin Kathryn Hoffmann.

### Vom Alltag des Präsidenten 28

Die Präsidentschaftskanzlei ist der Amtssitz des Bundespräsidenten. Hier erledigt das Staatsoberhaupt viele seiner Aufgaben. Eine Grafik.

### Zivildienst für die Umwelt 30

Mehr über Natur- und Artenschutz erfahren und dabei viel lernen – das geht beim Freiwilligen Umweltschutzjahr. Xaver und Benjamin berichten.

### Zwischen Schutz und Profit 34

Die Republik Österreich ist zweitgrößter Aktionär der Casinos Austria. Doch wie passen Glücksspiel und Verantwortung für die Spielerinnen und Spieler zusammen? Ein Überblick.

### Verwaltung am Puls der Zeit 38

Im „Jailshop“ lassen sich von Häftlingen hergestellte Produkte erwerben. In der Gemeinde Michaelnbach (OÖ) bringen sich Jugendliche in das öffentliche Leben ein.

### Informationen für alle 40

Der ORF ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk des Landes. Was das angesichts der abnehmenden Medienvielfalt bedeutet, erklärt Medienexperte Peter Plaikner.

### Einstiege, Aufstiege, Umstiege 44

Eine Doppelspitze für GeoSphere Austria, und erstmals leitet eine Frau die österreichische Behindertenanwaltschaft.

### Kerninflation und die Folgen 46

Die Teuerung ist in Österreich spürbarer als in anderen EU-Ländern. Warum ist das so, und was haben die Maßnahmen der Regierung damit zu tun? Nationalbank-Gouverneur Robert Holzmann beleuchtet die Rolle der Zentralbanken.



# auftrag.at-Connect

Die Plattform für eine einfache Markterkundung.

Sie möchten im Rahmen Ihrer Ausschreibung eine Markterkundung durchführen oder die Bieter-Suche beschleunigen? Mit **auftrag.at-Connect** geht das jetzt ganz einfach!



## Ihre Vorteile als Auftraggeber:

- einfache und zeitsparende Durchführung von Markterkundungen
- effiziente Bieter-Suche nach CPV-Code, Erfüllungsort, Größe oder Gewerbeberechtigung
- direkte Kontaktaufnahme und Einladung potenzieller Bieter via Nachrichtenfunktion
- kostenfrei während der Einführungsphase



# Im Zeichen des Erhalts der schönen blauen Donau

Im Jahr 2005 nahm die **viadonau** ihre Arbeit als Österreichische Wasserstraßen-GmbH auf. Dabei blickt das Unternehmen des Verkehrsministeriums auf eine weit längere Geschichte zurück. Bereits seit 1928 kümmert sich die damals noch unter dem Namen Bundesstrombauamt operierende Organisation im Rahmen vielfältiger Projekte um die Schaffung einer „sicheren und leistungsfähigen Wasserstraße“ und die Verbesserung des Lebensraums von Mensch und Tier.

**Text:** Marion Pertschy

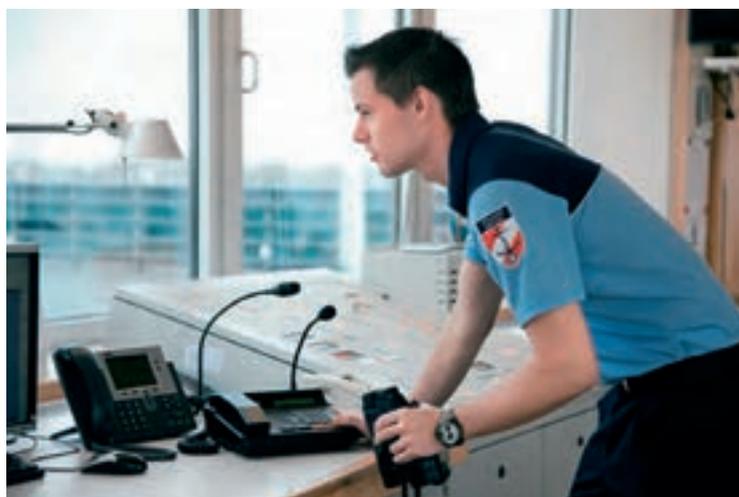
Fotos: Johann Nesweda, viadonau (2)



**Renaturierung.** Im Rahmen des Projekts „LIFE+ Auenwildnis Wachau“ wurden auch der Pritzenauer und der Schopperstatt-Nebenarm wieder an den Hauptstrom der Donau angeschlossen. Hier entstand zudem ein 36 Hektar großes Naturschutzgebiet für gefährdete heimische Amphibienarten, Seeadler und Schwarzpappeln. Damit ist die Arbeit der viadonau aber noch nicht beendet. Ihr Ziel ist es, in den kommenden Jahren die Renaturierung an Flüssen und Nebenarmen weiterzuführen und die Effektivität der Maßnahmen zu steigern.



**Nachhaltig.** Um eine abgestimmte Entwicklung der Donau als Wasserstraße in der EU zu gewährleisten, pflegt die viadonau engen Kontakt zu allen Anrainerstaaten. Im Rahmen des österreichisch-serbischen Projekts „FAIRway works!“ wurde etwa die Infrastruktur der Trockengutlande Linz-Mitte modernisiert. Dadurch wird nicht nur das An- und Ablegen von Schiffen und ihrer Besatzung sicherer. Um den Einsatz von nicht nachhaltigen Bordgeneratoren zu minimieren, wird die Liegestelle außerdem mit Landstrom ausgestattet.



**Kontrolle.** Mehr als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der viadonau überwachen rund um die Uhr den Verkehr an den Donauschleusen. Dabei sind sie unter anderem für die Einteilung der Schleusungsreihenfolge und die technische Bedienung der Schleusenanlagen zuständig.

## BLICKPUNKT



**Vernetzung.** Die Aulandschaft von Thaya und March ist eine der größten und ökologisch wertvollsten Mitteleuropas. Durch frühere Regulierungsmaßnahmen wurden die Flüsse jedoch von ihr entkoppelt, womit maßgeblich in den dynamischen Lebensraum vieler Tier- und Pflanzenarten eingegriffen wurde. Im Rahmen des bislang größten EU-geförderten INTERREG-Projekts „Thaya 2020“ wurden zwei Flusschlingen, sogenannte Mäander, auf österreichischer und tschechischer Seite wieder angebunden und der Flusslauf so um 900 Meter verlängert. Solche Renaturierungsmaßnahmen sind Teil der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und damit Aufgabe der viadonau.



**Wegbereiter.** Treppelwege mit einer Länge von über 500 Kilometern entlang der Donau dienen seit jeher als wichtige Zufahrtsstraßen für Notfall-Einsatzkräfte im Schiffsverkehr und werden daher mit einem digitalen Erhaltungsmanagementsystem von der viadonau instandgehalten. Auch viele Freizeit-sportlerinnen und -sportler werden von den Treppelwegen angezogen, wie etwa dem internationalen Radweg EuroVelo 6, der vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer führt.

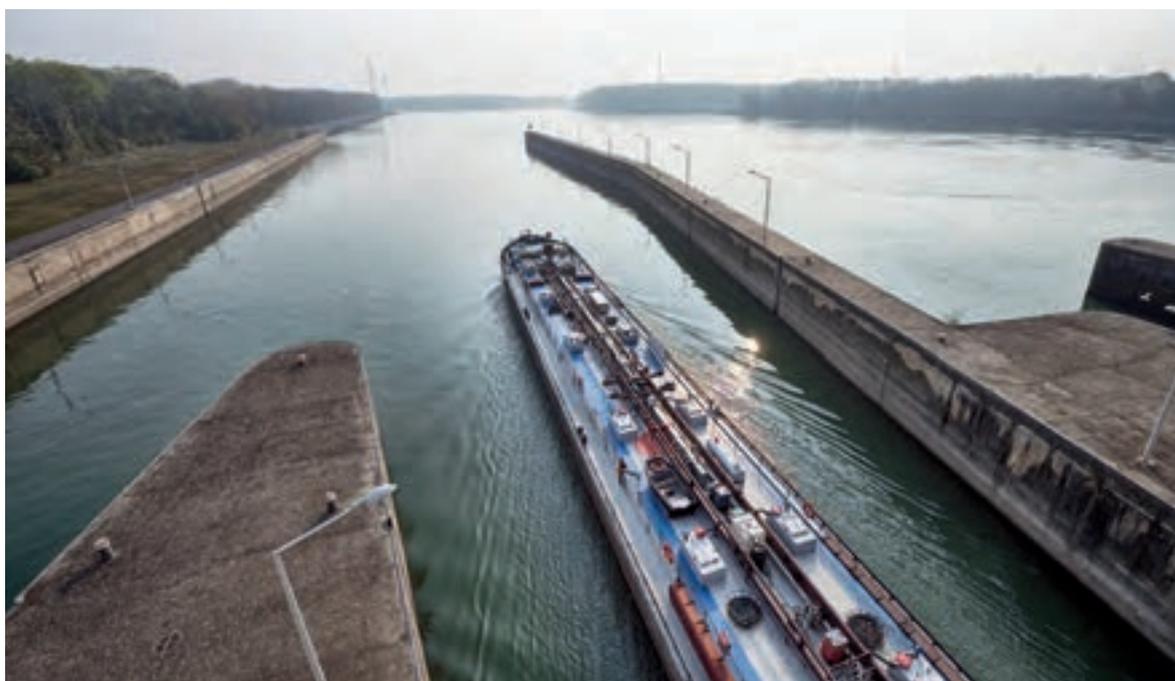


**Schutzfunktion.** Als geschäftsführende Stelle der Donauhochwasserschutz-Konkurrenz (DHK) gewährleistet die viadonau den Hochwasserschutz an der Donau. Dazu müssen die Anlagen laufend überprüft und gewartet werden. Die später als Hochwasserschutzanlage adaptierte Brückenkette in Hainburg wurde Ende 2017 saniert. Die dazugehörige Donaustation Hainburg wurde um 400 Meter versetzt, um bessere Anlegebedingungen für die Schifffahrt zu schaffen.

**Naturschutz.** Die Wiederanbindung des Spittelauer Arms im Zuge des Projekts „Dynamic LIFE Lines Danube“ war eine Maßnahme zur Renaturierung der Donau, die über viele Jahre der Nutzung zahlreiche Eingriffe wie Uferbegradigungen erfahren hat. Die Wasserbauarbeiten auf der Höhe von Hainburg starteten im Jänner 2020 unter größtmöglicher Schonung der Natur des Nationalparks Donau-Auen. Bis auf Restarbeiten ist die Gewässervernetzung bereits abgeschlossen.



**Reger Verkehr.** Neun österreichische Donauschleusen sowie die Schleuse Nußdorf am Donaukanal liegen im Verantwortungsbereich von viadonau und Verbund AG und sind notwendig für eine funktionierende Wasserstraßeninfrastruktur. Seit ihrer Öffnung für den Schiffsverkehr im Jahr 1975 passieren jährlich rund 11.000 Schiffe die Schleusenanlage beim Kraftwerk Altenwörth.





**Neuer Lebensraum.** Viadonau ist nicht nur ein Infrastrukturbetreiber, sondern trägt auch Verantwortung für ökologisch besonders sensible Lebensräume an Donau, March und Thaya einschließlich ihrer Uferbereiche. In Wolfsthal, einer Gemeinde an der Grenze zur Slowakei, wurde eine Kiesbank nahe dem Donauufer zur weidenbewachsenen Insel umgestaltet. Nun dient der vertiefte Wassergraben Fischen als geschützter Lebensraum, während die Insel anderen Tieren einen Rückzugsort bietet.



**Baggerarbeiten.** Aufgabe der Bundes-Wasserstraßenverwaltung ist unter anderem die Instandhaltung von Donau, Traun, Enns, March und Donaukanal. Bevor im Herbst deren Wasserpegel absinkt, werden seichte Stellen ausgebaggert, wie hier in der Donau-Fahrrinne. Um die Sohleintiefung, die Unterspülung der Uferbefestigung, zu verringern, wird das Baggergut dem Fluss jedoch an anderer Stelle wieder zugegeben.



**Hochwasser.** Der Marchfeldschutzdamm wurde Ende des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts im Zuge der Donauregulierung errichtet und schützt bis heute rund 30.000 Bürgerinnen und Bürger in zwölf Gemeinden vor Hochwasser. Dazu werden Hochwasserschutzdämme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der viadonau nicht nur errichtet, sondern auch gewartet und überwacht, damit im Ernstfall schnell reagiert werden kann.



**Messarbeiten.** Die Beschaffenheit des Grundes zu kennen ist wichtig, um einen Strom wie die Donau sicher befahren zu können. Daher muss die viadonau den Gewässerzustand ständig im Auge behalten. Mit Echolotgeräten ausgestattete Messschiffe machen regelmäßig Aufnahmen des Sohlegrundes und führen Vermessungen der Ufer und Hochwasser-Retentionräume durch.



**Strategie.** „Die Natur der Donau bewahren und die Chancen und Perspektiven, die sie uns als Erholungs- und Wirtschaftsraum bietet, nutzen“: So lautet die Zielsetzung der viadonau. Rund 260 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten daran – aufbauend auf den vier Unternehmenssäulen Umwelt, Wirtschaft, Sicherheit und Corporate Governance.

[www.viadonau.org](http://www.viadonau.org)

# Stabilität & Sicherheit





[goed.at](http://goed.at)



Jetzt neu!  
Die besten Pop- und  
Rockklassiker aller Zeiten



Jetzt Reinhören



**GÖD** GEWERKSCHAFT  
ÖFFENTLICHER  
DIENST

Gemeinsam jeden Tag  
**FÜR UNSERE REPUBLIK**

# „Eine boomende Wirtschaft allein macht Demokratie nicht besser“

Sinkende Glaubwürdigkeit trifft wachsendes Ohnmachtsgefühl: **Was ist los mit der Demokratie in Europa?** Woran leidet sie, welche Innovationen braucht sie? Ein Gespräch zwischen Andreas Treichl, Präsident des Europäischen Forums Alpbach, und der Politikwissenschaftlerin Daniela Ingruber.

**Interview:** Clemens Stachel **Fotos:** Marion Pertschy

**H**err Präsident Treichl, was war das letzte Volksbegehren, das Sie unterschrieben haben?

**Andreas Treichl:** Ehrlich gestanden kann ich nicht sagen, ob ich jemals ein Volksbegehren unterzeichnet habe. Anfang der 1980er Jahre gab es eines gegen den Bau eines Konferenzentrums in Wien. Ich fand das damals so absurd, dass ich für mich beschlossen habe: An so etwas möchte ich mich nicht beteiligen.

**Und Sie, Frau Ingruber?**

**Daniela Ingruber:** Das letzte, das ich unterschrieben habe, war das zum Klimaschutz vor drei Jahren. Ich hatte allerdings nicht das Gefühl, dass ich damit etwas bewirke. Volksbegehren sind einfach ein veraltetes Instrument der Demokratie. Außerdem verzweifle ich regelmäßig daran, wie wenig die Menschen Bescheid wissen über die Inhalte von Volksbegehren. Man bekommt in der Regel keine verlässliche

Information darüber, es sei denn, man recherchiert selbst.

**„Reinforcing Democracy in Europe“ lautet ein Schwerpunkt des diesjährigen Europäischen Forums Alpbach. Warum braucht die Demokratie in Europa einen Anschlag?**

**Treichl:** Wenn wir uns die jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa ansehen, bemerken wir in manchen dieser Länder einen besorgniserregenden Trend: Demokratische Politikerinnen und Politiker agieren, sobald sie an der Regierung sind, zunehmend autokratisch. Wir haben mit Ungarn und Polen zwei Beispiele dafür in unmittelbarer Nachbarschaft. In beiden Ländern hat sich in den letzten Jahrzehnten ein stabiler Mittelstand entwickelt, was eigentlich eine der Grundlagen einer funktionierenden Demokratie wäre. Trotzdem driften diese Gesellschaften zumindest teilweise in Richtung Autokratie. Eine andere Entwicklung, die wir in ganz Europa beobachten: Regierungen, die den Wohlstand ihrer Länder gesichert oder sogar erhöht haben, wurden und werden brutal abgewählt zugunsten von populistischen Parteien. In Alpbach stellen wir uns die Frage: Was können wir, was kann die Zivilgesellschaft gegen eine drohende Entdemokratisierung in Europa tun? Welche Werkzeuge der Demokratie gehören erneuert? Können wir neue erfinden?



## ZUR PERSON

Daniela Ingruber ist **Politikwissenschaftlerin** an der **Universität für Weiterbildung Krams**. Von 2018 bis 2023 war sie Teil des dort verankerten **Austrian Democracy Lab**. Sie forscht vor allem zu den Themen Demokratie, Medien und Krieg.

**Was sind die strukturellen Gründe dieser Demokratiekrise?**

**Ingruber:** In Österreich müssen wir uns um die demokratischen Strukturen, denke ich, keine Sorgen machen. Viel eher um das verschobene Berufsbild des Politikers und der Politikerin. Man sollte sich wieder vergegenwärtigen: Es handelt sich hier um eine Dienstleistung an der Gesellschaft. Gerade in einer Zeit, in der wir mit großen Krisen konfrontiert sind, bräuchten wir Politikerinnen und Politiker, die in größeren Zusammenhängen und über die

**„Manche jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa driften in Richtung Autokratie.“**

**Andreas Treichl**



**Zukunftsdebatte.** Andreas Treichl und Daniela Ingruber im Doppel-Interview über den Zustand der Demokratie in Europa. Ein Anliegen verbindet den Bankmanager und die Politologin: Das Berufsbild Politikerin/Politiker muss sich ändern.

## „Eine Demokratie ist immer nur so stark, wie die Bevölkerung es zulässt.“

Daniela Ingruber

Legislaturperiode hinaus denken können. Dieser Zugang zu Politik kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn die Menschen ihn auch entsprechend honorieren. Populistische Parteien gründen ihren Erfolg ja auf einem Mangel an politischer Bildung und an kritischer Medienkompetenz in der Bevölkerung. Beide sollten längst Hauptfächer in den Schulen sein, gleichgestellt mit Deutsch oder Mathematik.

**Das symbolträchtigste Instrument der modernen Demokratie, das Parlament, kommt ja aus einer Zeit vor E-Mails, Online-Votings und**

### **Zoom-Konferenzen. Könnte man die Volksvertretung heute nicht viel effizienter organisieren?**

**Treichl:** Lassen Sie mich eine Parallele zur Wirtschaft ziehen: Man braucht heute auch keine Börsen als physische Orte mehr, um Geschäfte zu machen. Ich kann mir also durchaus vorstellen, dass man irgendwann einmal auch das Parlament als Ort nicht mehr so benutzt wie heute. Vielleicht verlegt man es ja bald zu 100 Prozent ins Homeoffice (*lacht*).

**Ingruber:** (*lacht*) Eine Schreckensvision! Ich sehe das Parlament selbst nicht aus der Zeit gefallen. Im Gegenteil, das Problem in Österreich ist doch, dass der Parlamentarismus in den letzten Jahren massiv geschwächt worden ist. Das Parlament ist zu einem Ort geworden, an dem nur noch abgesegnet oder – von der Opposition – widersprochen wird, was die Regierung ihm vorlegt. Das Parlament muss viel selbstbewusster werden, selbst initiativ

Gesetzesvorschläge einbringen, als eine echte Interessenvertretung der Gesellschaft agieren.

### **Also ein Plädoyer gegen Parteien, wie wir sie zurzeit kennen?**

**Ingruber:** Ja, die Parteien, so wie sie sich heute präsentieren, sind im Gegensatz zum Parlament definitiv veraltet.

**Treichl:** Wobei es in der Regel die Regierungsparteien sind, die sich das Parlament unterordnen. Und das wäre für mich schon der erste Schritt zur Autokratie. In unserem westlichen Nachbarland Schweiz haben wir derartige Phänomene gar nicht. Es gibt mehr Mitbestimmung der Bevölkerung, das Wohlstandsniveau ist höher – da kann man sich fragen, warum ist das so? Eine Antwort wäre: Außerhalb der Schweiz kennt niemand einen Schweizer Politiker. Das dortige System beschränkt etwaige Machtgelüste Einzelner. Politik als echter Dienst an der Bevölkerung wird viel ernster genommen. >



## ZUR PERSON

Andreas Treichl, **Aufsichtsratsvorsitzender der Erste Stiftung**, ist seit 2020 **Präsident des Europäischen Forums Alpbach**. Das EFA findet heuer von 19. August bis 2. September statt und steht unter dem Jahresmotto „Bold Europe“ – also „mutiges Europa“.

**Ingruber:** Wir können uns auch an Norwegen ein Vorbild nehmen, einem Land, das im Demokratie-Index weltweit stets an erster Stelle steht. Politikerinnen und Politiker werden dort nicht als Elite wahrgenommen, und die Parlamentsparteien sind es gewohnt zu kooperieren.

**In der politischen Debatte in Österreich wurde in den letzten Jahren an Grundpfeilern der Demokratie gesagt: Die Menschenrechte oder das Asylrecht werden zur Verhandlungsmasse der Tagespolitik. Sind das Alarmsignale einer Entdemokratisierung? Oder muss eine gefestigte Demokratie derartige Diskussionen „aushalten“?**

**Ingruber:** Hans Kelsen hat gesagt: Die Demokratie ist das einzige Regierungssystem, das es aushalten muss, herabgewürdigt und bekämpft zu werden. Nicht nur das – sie muss Widerspruch sogar aktiv ermöglichen. Bei Grund- und Menschenrechten bin ich allerdings sehr empfindlich. Eine der wenigen Verfassungsänderungen, die ich anregen würde, wäre ein Grund- und Menschenrechtskatalog gleich nach dem Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes.

**Treichl:** Ich denke, dass diese bewusste Zuspitzung der politischen Debatte eine Folge der sozialen Medien ist. Politikerinnen und Politiker sind heutzutage 24 Stunden am Tag exponiert. Sie

orientieren sich zunehmend daran, was die Menschen hören wollen und womit sie in die Medien kommen, als an ihren echten Überzeugungen und daran, was das Richtige wäre.

**Ingruber:** Auch diese Frage führt uns also zum Spannungsfeld Medien/Politik zurück. Der Druck auf Politikerinnen und Politiker nimmt durch Social Media enorm zu, wie ich aus meinen Forschungsinterviews weiß. Viele von ihnen erzählen mir, dass sie immer heftiger beschimpft werden – vor allem Frauen. Die ziehen sich dann oft wieder zurück. Wenn wir als Gesellschaft es nicht schaffen, diese Dynamik der Politikerbeschimpfungen einzudämmen, werden wir bald nur noch jene Leute in der Politik haben, die gar nichts zum Guten verändern wollen, sondern sich ausschließlich um die eigene Beliebtheit sorgen.

**Treichl:** Diese Entwicklung hat sich mittlerweile auf das „echte Leben“ ausgebreitet – bis hinunter auf die Gemeindeebene. Es gibt Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die den gesellschaftlichen Druck nicht mehr aushalten wollen und daher zurücktreten.

**Ingruber:** Eine Demokratie ist immer nur so stark, wie die Bevölkerung es zulässt. Ich bemerke in meiner Forschung die Tendenz, dass immer mehr Men-

schen sich wieder einen Diktator an der Spitze des Staates vorstellen könnten, „einen wie Putin“. Es ist völlig verrückt. Gleichzeitig sind diese Menschen aber nicht verrückt oder dumm, sondern sie folgen einfach aufgeheizten Erzählungen. Diese Social-Media-Welt der Verschwörungstheorien und Fake News ist wirklich eine riesige Herausforderung für unsere Demokratie.

**Ist es nicht ein demokratiepolitisches Problem, dass in Österreich immer weniger Menschen wählen dürfen – bei wachsender Bevölkerung? Sollte man also das Wahlrecht auf hier lebende Menschen ohne Staatsbürgerschaft ausweiten? Oder den Zugang zur Staatsbürgerschaft erleichtern?**

**Ingruber:** Beides wäre dringend notwendig, das ist überhaupt keine Frage.

**„Politikerinnen und Politiker sind heutzutage 24 Stunden am Tag exponiert.“**

Andreas Treichl



**Wahlrecht.** Trotz wachsender Bevölkerung schrumpft in Österreich das Wahlvolk. Bei der Bundespräsidentenwahl 2022 durften bereits 1,4 Millionen Menschen über 16 Jahren nicht mitbestimmen. Hier seien Reformen dringend nötig, findet Daniela Ingruber.

**Treichl:** Die heutige Situation ist absurd, natürlich muss man sie ändern.

**Ein weiterer Krisenaspekt der Demokratie ist ökonomischer Natur: Die Zahl der Menschen, die sich „abgehängt“ fühlen, steigt in den westlichen Ländern.**

**Treichl:** Die Situation in den USA ist etwas drastischer als in Europa: Daher sind die Spaltungstendenzen der Gesellschaft noch etwas ausgeprägter als hier. Wir müssen achtgeben, dass wir diese Entwicklung einbremsen können. Dabei spielt auch das Auseinanderklaffen der Wohlstandsschere eine Rolle und wir müssen in Europa aufpassen, dass der breite Mittelstand nicht zum großen Verlierer der nächsten Jahrzehnte wird. Und das ist auch in demokratiepolitischer Hinsicht wichtig, weil ein breiter Mittelstand die beste Basis für eine Demokratie ist. Die Vermögensverteilung driftet rasant auseinander und damit auch die Gesellschaft. Es ist eine Entwicklung, die auch Europa betreffen wird, und die so schnell geht, dass wir sie vielleicht gar nicht richtig wahrnehmen.

**Ingruber:** Die Menschen brauchen einen gewissen Wohlstand, um über Demokratie nachdenken und sie auch mit Leben erfüllen zu können. Es geht hier gar nicht um Reichtum, sondern um ein Gefühl der Fairness und um Instrumente der Transparenz: Wie viel verdienen einzelne Berufe, und warum? Es gibt so viele Menschen, die viel zu wenig verdienen, gemessen an den Leistungen, die sie für die Gesellschaft erbringen. Eine boomende Wirtschaft allein macht aber Demokratie nicht besser. Das Wichtigste ist Bildung: es den Menschen zu ermöglichen, zu selbständigem Denken und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu finden.

**„Politische Bildung und kritische Medienkompetenz sollten längst Hauptfächer in den Schulen sein.“**

Daniela Ingruber



**Mitsprache.** Breit verteilter Wohlstand ist die Basis für eine funktionierende Demokratie, sagt Andreas Treichl. Welche neuen Werkzeuge die Demokratie braucht, wird in Alpbach diskutiert.

**Die Digitalisierung kam bis hierhin eher als Gefahr vor. Aber ist sie nicht auch eine große Chance für die Demokratie?**

**Ingruber:** Sie ist zweifellos beides! Ich bin begeistert von neuen demokratischen Prozessen, die über digitale Wege ermöglicht, beschleunigt oder verbreitet werden: Bürgerräte etwa sind ein tolles Beispiel für Partizipation abseits von Wahlen. In Österreich hatten wir letztes Jahr den „Klimarat“ aus 100 Bürgerinnen und Bürgern, der aus physischen Treffen und digitalen Elementen bestand. Derartige Zusammenkünfte von politisch engagierten Menschen wären sicher auch auf EU-Ebene möglich – da würde das natürlich hauptsächlich über digitale Tools laufen.

**Bürgerräte wären also ein alternatives Element zur parteienzentrierten Demokratie.**

**Ingruber:** Genau. Große Teile der Bevölkerung wollen sich ja politisch engagieren, finden aber oft nicht die Foren, in denen sie sich einbringen könnten. Es fällt vielen jungen Menschen immer schwerer, sich mit einer der aktuellen Parteien zu identifizieren. Und wenn sie doch zu einer dazugehen, sind sie oft von deren starren internen Strukturen enttäuscht oder fühlen sich erst recht nicht gehört.

**Treichl:** Eine der großen Stärken des Forums Alpbach ist es, der nächsten Generation eine Plattform zu bieten,

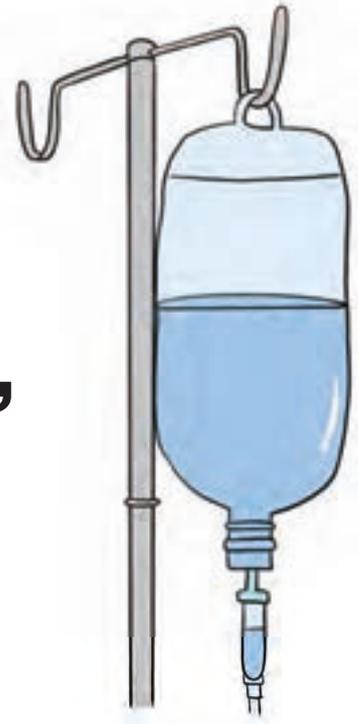
damit ihre Stimme gehört wird. Beim Austausch mit den Stipendiatinnen und Stipendiaten, die nach Alpbach kommen, merkt man sehr wohl, dass junge Menschen ein großes Interesse daran haben, Politik mitzugestalten. Für ein besonders zukunftsorientiertes Beispiel war etwa das Forum Alpbach die Initialzündung: „Love Politics“, eine Initiative, die mit der Apolitical Foundation verbunden ist. Das ist eine neue Organisation, die jungen Menschen in Kursen das politische Handwerkszeug mitgibt, um im 21. Jahrhundert gute Politik zu machen. Innerhalb kurzer Zeit hatte die Initiative bereits 900 Anmeldungen. Junge Menschen sind an einer neuen, konstruktiven Art des Politikmachens interessiert. Demokratie darf nicht langweilig sein, sondern muss Freude machen, sonst hat sie keine Chance in der Zukunft.



**Europäisches Forum Alpbach.** Seit 1945 treffen sich Entscheidungsträgerinnen und Ideengeber aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft einmal im Jahr in Alpbach. Das Tiroler Bergdorf hat deshalb den Beinamen „Dorf der Denker“ erhalten.

[www.alpbach.org](http://www.alpbach.org)

# Wenn Geld, Personal, Medikamente fehlen: Das erschöpfte Gesundheitssystem



Die **medizinische Versorgung** in Österreich hat einen guten Ruf. Doch Spitäler, Ambulanzen und Arztpraxen haben mit Unterfinanzierung und Personalmangel zu kämpfen. Die Pandemie machte diese Leerstellen im System noch sichtbarer. Doch woran krankt das heimische Gesundheitswesen? Ein Überblick.

**Text:** Cornelia Ritzer **Illustrationen:** Lena Jansa

**V**ertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden treffen sich, um übers Geld zu sprechen: Das ist der Finanzausgleich. Die Wünsche, was mit den aktuell rund 90 Milliarden Euro Steuergeld finanziert werden soll und muss, sind immer vielfältig – und werden nach der Pandemie und angesichts der hohen Inflation und Teuerung sowie notwendiger Anpassungen an den Klimawandel noch dringlicher formuliert. Im Fokus der Verhandlungen, die kurz vor Weihnachten 2022 gestartet sind und bis kommenden Herbst dauern werden, stehen die Themen Gesundheit und Pflege. Darüber, wie diese für die Menschen so wichtigen Bereiche nachhaltig finanziert werden können, zerbrechen sich Politik sowie Expertinnen und Experten den Kopf.

Klar ist: Das österreichische Gesundheitssystem gilt als eines der besten in Europa. Die Menschen können mit Problemen zur Hausärztin und zum Hausarzt gehen, diese überweisen bei Bedarf an Spezialisten. Und die Krankenhäuser

bieten eine breite Palette von Leistungen und moderne Technologien. Aktuell zeigt sich jedoch deutlich, dass das Gesundheitssystem unter Druck ist, nicht wenige sprechen von einer Krise.

## HILFERUFE AUS DEN SPITÄLERN

Die Lage ist alarmierend: Im April 2023 wurde öffentlich, dass knapp zehn Prozent der Betten in Oberösterreichs Krankenhäusern gesperrt sind – wegen Personalmangel. Das sind in absoluten Zahlen 720 Spitalsbetten, die nicht für Patientinnen und Patienten zur Verfügung stehen, weil nicht genug Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte im Dienst sind. Der Österreichische Gesundheits- und Krankenpflegeverband (ÖGKV) hatte kurz zuvor Alarm geschlagen und gewarnt: „Das Gesundheitssystem bricht zusammen.“ Anlass für diese drastische Formulierung war, dass zwei Patienten zu lange auf die Versorgung in einer Notfallambulanz hatten warten müssen und

verstorben waren – vom Personal vorerst „unbemerkt“, wie es hieß.

Doch nicht nur die Beschäftigten fehlen im Gesundheitssystem, auch wichtige Medikamente sind in jüngster Zeit wegen Produktionsproblemen, fehlender Rohstoffe oder Exportbeschränkungen häufig knapp geworden. Laut einer Marketagent-Umfrage Ende Jänner 2023 hat mindestens jede sechste Person in Österreich selbst oder im Umfeld die Erfahrung gemacht, dass ein Medikament nicht erhältlich war. Dass Antibiotika, Schmerzmittel, Krebsmedikamente und Co. knapp sind, beschäftigt laut Umfrage vor allem die weibliche Bevölkerung: Vier von zehn Frauen machen sich sehr oder eher große Sorgen deswegen.

Wie verlässlich ist also die medizinische Versorgung in Österreich? Das fragen sich viele. Der im September 2022 präsentierte Austrian Health Report des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES) untermauert das mit Zahlen. Demnach sind 56 Prozent der Bevölkerung „zufrieden mit dem Gesundheits-



**„Aus Studien der vergangenen Jahre kennen wir eine höhere Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem.“**

**Reinhard Raml**  
IFES-Geschäftsführer

system“. Das ist zwar die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher (befragt wurden im Auftrag des Pharmaunternehmens Sandoz 800 in Österreich lebende Personen ab 18 Jahren, telefonisch und online), das Ergebnis sei aber überraschend, sagt IFES-Geschäftsführer Reinhard Raml. Aus Studien der vergangenen Jahre kenne man nämlich eine höhere Zufriedenheit mit dem Ge-

sundheitssystem, so der Sozialforscher: „In Österreich haben wir eine gute Versorgung, und wir sind es gewohnt, dass diese auch für alle funktioniert.“

Doch nun seien „etliche Fragezeichen aufgetaucht“, etwa die Verschiebung von OP-Terminen, der sichtbar gewordene Personalmangel oder die Schwierigkeit, eine Ärztin oder einen Arzt zu finden, die oder der noch neue >



Patientinnen und Patienten aufnimmt. Das beschäftigt die Menschen, meint Raml. Auch die Engpässe bei der Verfügbarkeit mancher Medikamente seien ein Grund, warum die bisher immer große Zufriedenheit der Österreicherinnen und Österreicher mit dem Gesundheitssystem stark leidet. „Diese hohe Dynamik beobachten wir seit etwa drei Jahren“, erklärt der IFES-Geschäftsführer. Ob und wann „Ruhe einkehrt“, werde man weiter beobachten.

### VERSCHIEDENE ZUSTÄNDIGKEITEN

„Wir haben tatsächlich ein sehr gutes Gesundheitssystem“, sagt die Ökonomin Maria M. Hofmarcher-Holzhammer. „Denn die Wahrscheinlichkeit, dass in Österreich schwere Erkrankungen dank des Gesundheitssystems überlebt werden, ist sehr hoch.“ Probleme würden sich bei chronischen Krankheiten oder beim Bedarf an langfristiger Betreuung

### ZAHLE DER GESUNDEN LEBENSJAHRE

Im Jahr 2012 hat sich die damalige Bundesregierung das Ziel gesetzt, die Zahl der gesunden Lebensjahre in der österreichischen Bevölkerung zu erhöhen. Bis zum Jahr 2032 sollte jeder Mensch in Österreich zwei Lebensjahre mehr in Gesundheit verbringen. Doch das ist laut einem aktuellen Bericht des Rechnungshofes bislang nicht gelungen, im Gegenteil: So hatte man nach Angaben der Statistik Austria im Jahr **2014** im Alter von 65 Jahren durchschnittlich mit **11,35 gesunden Lebensjahren** zu rechnen. **2019** lag dieser Wert nur noch bei **9,75**.

ergeben: „Diese Versorgung kann nicht in dem Umfang geleistet werden, wie es oft notwendig und am kostengünstigsten wäre.“ Problematisch sei vor allem die Finanzierung des Systems, so Hofmarcher-Holzhammer.

Die Expertin für Gesundheitspolitik und Gesundheitssysteme spricht damit eine Struktur an, die von geteilten Zuständigkeiten geprägt ist. So ist der Bund für die Gesundheitspolitik insgesamt und für das Grundsatzgesetz für die Spitäler zuständig, wesentliche Bereiche der Gesundheitsversorgung liegen in der Kompetenz der Länder. Sie vollziehen die Ausführungsgesetze für Spitäler und sind für die Pflege verantwortlich, und die Sozialversicherung nimmt die Bereitstellung von Vertragsleistungen im niedergelassenen Bereich, von Medikamenten und Heilbehelfen sowie von Rehabilitation wahr. Dieses Zusammenspiel von Bund, Ländern – die Hofmarcher-Holzhammer als „sehr starke und autonome Player“ beschreibt – sowie

der für die Kassenmedizin zuständigen Sozialversicherung verläuft naturgemäß nicht reibungslos. Hofmarcher-Holz hacker: „Seit Jahrzehnten haben wir das Problem, dass die Akteurinnen und Akteure in ihren Silos der Zuständigkeit agieren.“ Eine Folge davon sei, „dass viele Patientinnen und Patienten im Dschungel der Zuständigkeiten herumirren und oft keine adäquate Versorgung finden oder einen Behandlungstermin bekommen“. Und: Trotz zahlreicher Reformen und Bemühungen in den letzten 20 Jahren werde „dieses strukturelle Problem seit Jahren nicht gelöst“.

### INEFFIZIENZEN ALS PROBLEM

Das sei vor allem deshalb schade, sagt die Expertin, weil Österreich auch im internationalen Vergleich sehr viel Geld für Gesundheit ausgibt. Laut Statistik Austria (Stand: 2021) fließen jährlich 38,48 Milliarden Euro in Österreichs öffentliches Gesundheitssystem. Pro Kopf belaufen sich die Gesundheitsausgaben

auf 4.100 Euro, damit liegen wir EU-weit an dritter Stelle. Die durchschnittlichen Ausgaben in Europa betragen 3.200 Euro. „Das ist auch in Ordnung so, denn Österreich ist ein reiches Land. Aber wir erzielen nicht die Ergebnisse, die man sich bei diesen hohen Ausgaben erwarten würde“, sagt Maria M. Hofmarcher-Holz hacker. Es bestünden „verschiedene strukturelle Probleme“ im Gesundheitssystem, etwa bei der Diabetesversorgung.

Wie sehen diese Ineffizienzen konkret aus? 2013 wurden im Rahmen der partnerschaftlichen Zielsteuerung – nach der die Gelder aus Bund, Ländern und Sozialversicherung zur gemeinsamen Steuerung des niedergelassenen und des Spitalsbereichs virtuell zusammenfließen – Indikatoren entwickelt, anhand derer überprüft werden soll, ob bestimmte Versorgungs- und Qualitätsziele erreicht werden. Bund, Länder und Sozialversicherungsträger arbeiten

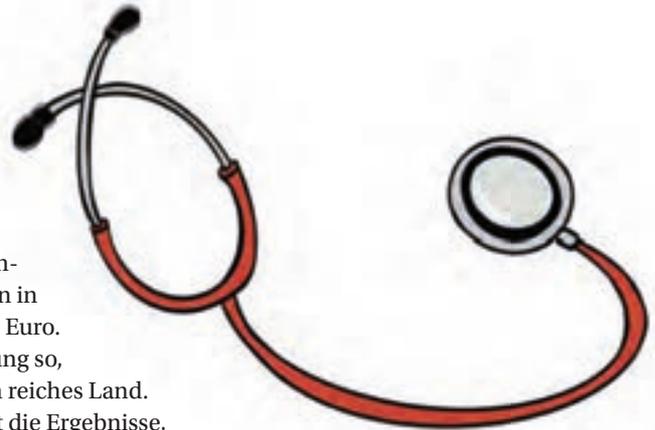
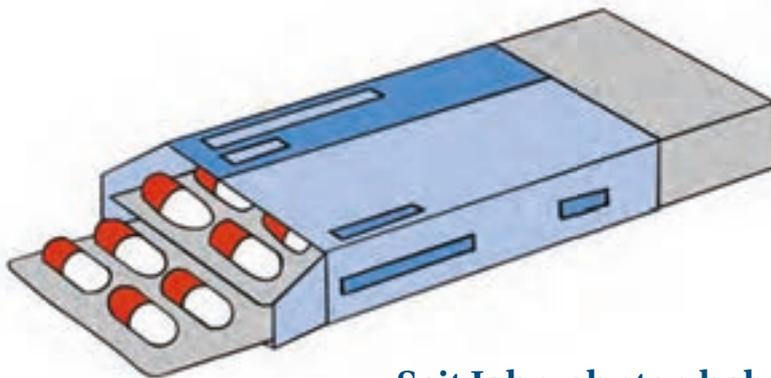
also nicht nur bei der Finanzierung zusammen, sondern sollten sich auch bei der Umsetzung gegenseitig unterstützen. Dazu gehört der Ausbau des niedergelassenen Bereichs, der günstiger als Spitäler arbeitet und die erste Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten ist.

Das Monitoring der Zielsteuerung sei „ganz gut gelungen“, so Hofmarcher-Holz hacker. Seit 2013 gilt aber auch ein Kostendämpfungspfad, der die Ausgaben am angenommenen BIP-Wachstum orientiert und damit Mehrausgaben zur Finanzierung des Gesundheitssystems einschränkt. „Dieser Kostenpfad wurde 2017 noch einmal festgezurr“, erklärt die Gesundheitsökonomin. Das Gesundheitssystem habe sich an den Pfad gehalten, jedoch mit der Folge, „dass ihm Mittel entzogen wurden und es eine Unterfinanzierung gibt, weil der Kostenpfad nicht berücksichtigt, was der Versorgungsbedarf ist und welche Mittel für den technischen Fortschritt notwendig sind, um eine hochqualitative Versorgung weiterhin allen zu bieten. Und das kritisiere ich sehr.“

Maria M. Hofmarcher-Holz hacker hat Grundlagen für diesen Kostenpfad entwickelt, erzählt sie: „Ich dachte, das ist eine gute Möglichkeit, dem Gesundheitswesen Mittel zuzuführen und trotzdem nachhaltig zu bleiben.“ Heute sieht sie ihn kritisch. Zwar könne man „nicht endlos Geld ausgeben für Gesundheit, aber dass man die Finanzierung dumpf an die Entwicklung der Wirtschaftsleistung bindet, war ein Fehler. Und den muss man korrigieren.“ Der Finanzausgleich sei nun ein „Fenster“ für die Gestaltung eines „größzügiger ausgestat-

**„Seit Jahrzehnten haben wir das Problem, dass die Akteurinnen und Akteure in ihren Silos der Zuständigkeit agieren.“**

**Maria M. Hofmarcher-Holz hacker**  
Ökonomin



teten Kostenpfads“. Ein solcher sei nötig, um die künftigen Herausforderungen zu meistern – etwa eine immer älter werdende Gesellschaft, aber auch die durch Zuwanderung wachsende Bevölkerung.

### FRAUEN ALS STÜTZEN DER BRANCHE

Die Gesundheitsökonomin betont zudem den Wertschöpfungsbeitrag, den der Bereich Gesundheit für die Wirtschaft leisten könne, dieser werde jedoch „systematisch ignoriert oder unterschätzt“. Hofmarcher-Holzhacker: „Wir müssen erkennen, dass wir einen Bereich haben, der viel Geld kostet, aber strategisch bedeutsam ist, weil er Beschäftigung – vor allem von Frauen – sichert.“ Dazu brauche es aber auch Investitionen und gute Gehälter für Frauen, deren Anteil im Gesundheits- und Sozialwesen 64 Prozent beträgt: „In keinem anderen Bereich sind die patriarchalen Strukturen so spürbar. Ich bin dafür, dass die nichtmedizinischen Beschäftigten im Gesundheitswesen und vor allem in der Pflege so viel verdienen wie die Metaller.“ Letztere haben einen

Frauenanteil von lediglich 13 Prozent. Würden beide Branchen die gleichen Erhöhungen nach den diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen erhalten, wäre das ein Gehaltsplus von rund 3.000 Euro pro Jahr für die Gesundheits- und Sozialberufe.

Und was hat die Coronavirus-Pandemie mit der derzeitigen Situation zu tun, mit den langen Wartezeiten, mit dem Personalmangel? Die aktuelle Krise wäre auch ohne Corona entstanden, denn sie habe schon früher begonnen, sagt Hofmarcher-Holzhacker: „Als die Pandemie kam, waren wir schon sehr müde im Gesundheitssystem. Und jetzt sind wir alle erschöpft.“ Was nun schlagend werde, sei der demografische Wandel: Viele der Beschäftigten gehen demnächst in Pension. Ebenso schwer wiegen – neben der Arbeitsverdichtung, die durch Spezialisierungen in der Medizin verstärkt wird –

**„Als die Pandemie kam, waren wir sehr müde im Gesundheitssystem. Und jetzt sind wir erschöpft.“**

**Maria M. Hofmarcher-Holzhacker**  
Ökonomin

die Arbeitsbedingungen. Vor allem die 12-Stunden-Dienste kritisiert Hofmarcher-Holzhacker: „Diese Dienstzeiten sind für das nichtmedizinische Personal, das immerhin 80 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitswesen ausmacht, unerträglich. Das kann man vielleicht zehn Jahre machen, dann brennt man aus.“ Die Expertin hofft, dass sich die Dienstpläne „schon aufgrund der demografischen Situation und der Attraktivierung des Berufs“ ändern.

Trotz allem ist Hofmarcher-Holzhacker überzeugt, dass die Qualität des Gesundheitssystems bei den Patientinnen und Patienten in Österreich ankommt und die Menschen zufrieden mit der Betreuungsqualität sind. Dass die Finanzierung auf bessere Beine gestellt wird, ist ihre große Hoffnung für die laufenden Finanzausgleichsverhandlungen. Ob und wie Verbesserungen gelingen, auch in der Pflege, wird man in wenigen Monaten sehen. Die Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte und das übrige Gesundheitspersonal in Österreichs 264 Spitälern, in den Ambulanzen sowie Ordinationen werden währenddessen weiterarbeiten. Trotz Erschöpfung.



**Gesundheitsreform.** 2013 einigten sich Bund, Länder und Sozialversicherungsträger auf ein partnerschaftliches Zielsteuersystem zur Planung, Organisation und Finanzierung der österreichischen Gesundheitsversorgung. So soll die nachhaltige Finanzierung und langfristige Stärkung des Gesundheitswesens sichergestellt werden. Im Fokus steht die bessere Abstimmung zwischen den Versorgungsbereichen.





**Kathryn Hoffmann** ist Professorin für Primary Care Medicine und leitet die gleichnamige Abteilung an der Medizinischen Universität Wien. Zusätzlich ist sie Ärztin für Allgemein- und Familienmedizin mit dem Schwerpunkt postinfektiöse Erkrankungen.

## Was die Primärversorgung für die Menschen leisten kann

Unter optimalen Voraussetzungen kann die **Primärversorgung** bis zu 70 Prozent aller gesundheitlichen Beratungs- und Behandlungsanlässe abschließend klären.

Doch was sind die notwendigen strukturellen Bedingungen?

Der Begriff Primärversorgung bezeichnet ein umfassendes Konzept für die erste Ebene der gesundheitlichen Versorgung insbesondere durch Hausärztinnen und Hausärzte sowie Fachkräfte aus den Gesundheits- und Sozialberufen. Wenn es optimal umgesetzt wird, bleiben den Menschen mehr Lebensjahre in Gesundheit, sie werden seltener chronisch krank und müssen auch weniger häufig in ein Spital. Primärversorgung wurde erstmals 1978 in der Deklaration von Alma-Ata der Weltgesundheitsorganisation erwähnt. Das Konzept basiert auf der Prämisse, dass Menschen nicht nur durch medizinische Versorgung gesund werden und bleiben, sondern durch Faktoren wie Wohn- und Arbeitsverhältnisse, Umwelt- und Klimaeinflüsse, Infrastrukturmaßnahmen, Bildung sowie die vorherrschende Art der Landwirtschaft. Da all diese Faktoren nicht von der Hausärztin oder dem Hausarzt allein beeinflusst werden können, muss ein Team – je nach lokalen Bedürfnissen zusammengesetzt – zur Verfügung stehen. Laut dem Expert Panel on Effective Ways of Investing in Health (EXPH), das 2013 von der Europäischen Kommission beauftragt wurde, eine moderne Definition von Primärversorgung zu

verfassen, beinhaltet ein solches „Allgemein- und Familienmedizin, Apotheken, Diätologie, DGKP, Ergotherapie, Hebammen, Optiker, Physiotherapie, Psychologie und Psychotherapie, Sozialarbeit und Zahnmedizin“. In Österreich zählen auch Kinderärztinnen und Kinderärzte dazu.

Grundsätzlich sollten Patientinnen und Patienten nur dann in den sekundären Versorgungssektor gehen müssen, wenn auf der primären Versorgungsebene alle diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Und an diesem Punkt wird klar, wo es in Österreich hakt. Es hapert nicht an der Performance der Gesundheits- oder Sozialprofessionistinnen und -professionisten, sondern an der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen und Anreize, unter denen diese bestmöglich arbeiten können. Es mangelt sowohl an einer guten und verfügbaren Datengrundlage als auch an Beschäftigten in Gesundheits- und Sozialberufen im öffentlichen Primärversorgungssystem. Zudem fehlen Honorierungsmodelle, die genug Zeit lassen, um die vielfältigen Aufgaben adäquat und im Team zu bewältigen, sowie Finanzierungsmodelle, welche die Primärversorgung als Ganzes ab-

bilden. Die honorierten diagnostischen Maßnahmen hinken dem Fortschritt hinterher und unterstützende Digitalisierung wird verschlafen.

Mit der Einführung einer zusätzlichen Organisationsform, der Primärversorgungseinheiten (PVE), wurde ein erster Schritt gesetzt, um einem optimalen Primärversorgungskonzept näher zu kommen. Bei der derzeitigen Fixierung einzig auf die PVE als Organisationsform besteht jedoch die Gefahr, darauf zu vergessen, dass Primärversorgung viel mehr Kriterien beinhaltet, die es flächendeckend umzusetzen gilt. Zum Beispiel ist nicht nachvollziehbar, warum die interprofessionelle Zusammenarbeit nur bei PVE gefördert wird, während anderen engagierten hausärztlichen Organisationsformen wie Einzelordinationen oder Physiotherapiepraxen keine geförderte Zusammenarbeit mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern oder der Diätologie ermöglicht werden soll. Setzt man hier (und an weiteren Punkten) an, dann hätte die Reform zur Stärkung der Primärversorgung die Umsetzung eines optimalen und umfassenden Konzepts für die Menschen zum Ziel – und nicht mehr nur das Zählen und Ankündigen von Primärversorgungseinheiten.

# „Loyalität dem Amt, dem Staat und seinen Aufgaben gegenüber“

Als Spitzenführungskraft ist es wichtig, allen die für sie relevanten Informationen zukommen zu lassen, so beschreibt Eva Wildfellner einen wichtigen Teil ihrer Arbeit als Kabinettsdirektorin in der Präsidentschaftskanzlei. Im Sinne einer modernen, krisenfesten Verwaltung wünscht sie sich auch eine höhere Transparenz bei Postenbesetzungen und mehr Frauen in leitenden Positionen.

Interview: Cornelia Ritzer Fotos: Franziska Liehl

**S**eit Jahresanfang sind Sie Kabinettsdirektorin. Wie unterscheidet sich die Arbeit in Ministerien von jener in der Präsidentschaftskanzlei? Gibt es vielleicht etwas, das Sie dazulernen mussten – Stichwort: Zeremoniell?

Wie bei jeder neuen Aufgabe muss man sich erst in die jeweiligen Abläufe einleben und einarbeiten.

Das Ansehen und die bestmögliche Vertretung Österreichs in der Welt steht in unserem primären Fokus. In der Präsidentschaftskanzlei muss man auf gewisse Abläufe und Prozesse achten, die in meinen früheren Funktionen im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport in der Form vielleicht nicht oft gebraucht wurden.

Für mich ist die Arbeit trotzdem dieselbe. Es geht um bürgernahe, moderne Verwaltung und Serviceorientierung nach innen und nach außen, sowie die Unterstützung des Bundespräsidenten. Das ist meine Aufgabe als Kabinettsdirektoren und das steht für mich im Vordergrund. Aber natürlich sind Staatsbesuche etwas, das in einem Ministerium in dieser Form nicht vorkommt.

**Der Bundespräsident steht im Protokoll der Republik an erster Stelle. Als Kabinettsdirektorin sind Sie ihm**

**unmittelbar unterstellt. Hat das Auswirkungen auf Ihre tägliche Arbeit?**

Auch als Generalsekretärin im BMKÖS war ich dem Bundesminister direkt unterstellt. In dieser Funktion war ich unter anderem für die Gesamtabstimmung und Koordination der unterschiedlichen Sektionen zuständig. Die unmittelbare Unterstützung und Beratung der politischen Spitze bei der Umsetzung ihrer Vorhaben ist mir daher bereits vertraut. Es ist eine Schnittstellenfunktion – auch in die Organisation hinein, zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die Aufgaben in der Präsidentschaftskanzlei sind vielfältig. Der Bun-

despräsident ist oberster Repräsentant und „Hüter“ unserer Republik. Deshalb sind wir auch mit Fragen aus den unterschiedlichsten Rechts- und Themengebieten konfrontiert.

**Sie werden als „erfahrene Verhandlerin von schwierigen Materien mit einer exzellenten Fähigkeit zur Zusammenarbeit“ beschrieben. Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat als Arbeitsschwerpunkte seiner zweiten Amtszeit die Themen Klimakrise und Stärkung des Vertrauens in die Demokratie genannt. Was können Sie, in Ihrer Schlüsselfunktion, bei diesen Materien bewegen?**

Ich sehe es als meine Aufgabe beziehungsweise als Aufgabe der Verwaltung, die politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger bestmöglich zu unterstützen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dabei ist mir die Einbindung von Expertinnen und Experten wichtig.

Wir sollten uns auch die Zeit nehmen, deren Vorschläge breit zu diskutieren und mit den Verantwortungsträgerinnen und -trägern in der Politik rückzukoppeln. Die Verwaltung kann hier einen wichtigen Beitrag leisten, einerseits mit ihrer Expertise, andererseits als „Brücke“ zu Stakeholdern, Expertinnen und Experten und der Zivilgesellschaft. Hier kann ich mich >

**„Es geht um bürgernahe, moderne Verwaltung und Serviceorientierung nach innen und nach außen, sowie die Unterstützung des Bundespräsidenten.“**



**Vermittlerin.** Seit Jahresbeginn ist die Juristin Eva Wildfellner Kabinettsdirektorin. Teil ihrer Arbeit ist es, mit Expertinnen und Experten sowie mit der Politik ins Gespräch zu kommen.



**Beispielhaft.** Im Büro von Eva Wildfellner ist das Bild mit der Aufschrift „Democracy“ (Demokratie, Anm.) ein absoluter Blickfang. Das Vertrauen der Menschen in die Demokratie zu fördern, sieht sie als eine zentrale Aufgabe der Verwaltung.

## ZUR PERSON

Eva Wildfellner war vor ihrem Wechsel in die Präsidentschaftskanzlei **Generalsekretärin im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS)**, zuvor war sie unter anderem **Kabinettschefin von Gesundheits- und Frauenministerin Sabine Oberhauser, Frauenministerin Ines Stilling** und interimistisch von **Sozialminister Wolfgang Mückstein**.

Nach ihrem Jusstudium in Wien begann sie ihre Karriere 2007 in der **Rechtsabteilung des Gesundheitsministeriums**.

einbringen und das sehe ich auch als eine meiner Aufgaben. Und die Vorbildfunktion, etwas nicht nur zu sagen, sondern auch umzusetzen und mit gutem Beispiel voranzugehen. Nehmen wir den Bereich Klimaschutz: Der Bundespräsident nutzt auf seinen Reisen problemlos öffentliche Verkehrsmittel, wann immer es geht.

**Als Beamtin haben Sie sich in den Büros mehrerer Ministerinnen und Minister parteiübergreifend einen ausgezeichneten Ruf erarbeitet. Welche Kompetenzen sind in der Verwaltung von Bedeutung? Und was raten Sie jenen, die eine Karriere im öffentlichen Dienst anstreben?**

Für mich ist die Loyalität dem Amt, dem Staat und seinen Aufgaben gegenüber maßgeblich. Ebenso Lösungskompetenz und Serviceorientierung. So habe ich meine Tätigkeit in den vergangenen Jahren angelegt und versucht, möglichst sachorientiert vorzugehen. Ver-

waltung soll ja kein Selbstzweck sein, unser Anspruch ist, für die Menschen in Österreich da zu sein.

Das bedeutet aber auch Investition in die Verwaltung selbst: vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der Digitalisierung, einer sich verändernden Arbeitswelt die Dienststellen dabei zu unterstützen, erforderliche Veränderungsprozesse einzuleiten. Eine flexible, effiziente und digitale Verwaltung ist eine zentrale Voraussetzung für die Bewältigung der Herausforderungen der kommenden Jahre.

**Haben Sie das Gefühl, dieses Bild von der serviceorientierten Verwaltung kommt in der Öffentlichkeit auch so an? Oder überwiegt doch das einer parteipolitisch geprägten Beamtenschaft, etwa wenn es wieder Schlagzeilen über politisch motivierte Postenbesetzungen gibt?**

Ich hoffe, dass dieses Bild auch ankommt. Gerade die Pandemie und die >

# SICHTBAR SEIN: SO ERSTELLEN SIE EINE AD-STRATEGIE

Der Pool an Kund:innen, die mit Postings erreicht werden, ist rasch ausgeschöpft. Mit diesem Guide für das Erstellen einer Ad-Strategie werden Sie in sozialen Netzwerken sichtbar.

Sie fragen sich, warum Sie eine Ad-Strategie erstellen sollten? Die Antwort ist simpel: Ohne (Beitrags-)Bewerbung in sozialen Netzwerken gesehen zu werden ist schwierig.

Am Anfang stehen die Key Performance Indicators (KPIs), also Kennzahlen, die die Leistung Ihrer Ad aufzeigen. Viele sehen die Follower:innen-Zahl als wichtigsten Indikator. Allerdings sagt diese nichts darüber aus, wer die Beiträge sieht, welchen Eindruck sie hinterlassen oder ob sie zum Kauf, Klick oder Abo-Abschluss angeregt haben. Wichtige Kennzahlen sind daher das Engagement (Interaktion), Link-Klicks oder die Beitragsreichweite. Aber auch die Conversion Rate, also etwa der Prozentsatz von Einkäufen in einem Webshop aufgrund einer Ad-Schaltung, ist häufig ein essenzieller KPI.

Schauen Sie sich Ihre bisherigen Social-Media-Postings an. Gibt es Botschaften oder Beiträge zu Produkten, die Ihnen besonders am Herzen liegen? Notieren Sie sich die wichtigsten. Nachdem Sie sich einen Überblick verschafft haben, konzentrieren Sie sich auf die Kund:innen-Interessen. Ein Indikator für Interesse ist zum Beispiel die Anzahl der Likes oder Herzen, die Sie schon auf den ersten Blick selbst feststellen können. Jetzt haben Sie nicht nur Ihre Schwerpunkte ermittelt, sondern auch schon ein erstes Gerüst



**Sichtbarkeit.** Die Konkurrenz zwischen Unternehmen, die um Konsument:innen werben, ist groß. Definieren Sie Ihre wichtigsten KPIs und erreichen Sie so Ihre Ziele.

für mögliche (Beitrags-)Bewerbungen geschaffen.

Neben den KPIs und Inhalten wird jede Ad-Strategie durch Ihr Budget definiert. Auch die Zielgruppe, die Sie ansprechen möchten, ist relevant.

## IHRE EIGENE AD-STRATEGIE

Nun haben Sie Ihre Ziele definiert und ermittelt, wen Sie mit welchen Inhalten erreichen wollen. Jetzt geht es an das Erstellen der Postings sowie um die Bewerbung selbst. Eine Ad-Strategie wird immer wieder nachjustiert. Sei es, weil Sie Ihre Ziele bereits erreicht haben, weil Ihr Budget doch zu knapp bemessen war oder weil Ihre Zielgruppe zu unscharf ist. Dabei hilft Ihnen das Reporting, das in sozialen Medien meist für jede Bewerbung erstellt wird. Damit Sie künftig noch mehr potenzielle Kund:innen mit Ads erreichen.

## FUNDIERT. RELEVANT. WIRKSAM.

Sie wollen mehr wissen? Sie wollen ein Magazin, einen Blog oder einen Podcast realisieren? Die **Content Agentur Austria** ist dafür die richtige Ansprechpartnerin. Unsere Spezialistinnen und Spezialisten unterstützen Ihre Behörde oder Ihr Unternehmen nicht nur dabei, komplexe rechtliche oder technische Inhalte verständlich aufzubereiten. Wir entwerfen auch maßgeschneiderte **Content-Lösungen** für Magazine, Reports, Blogs, Podcasts oder Newsletter und setzen diese in hoher Qualität um. Zu unseren Kundinnen und Kunden zählen öffentliche Einrichtungen wie auch privatwirtschaftliche Unternehmen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage unter [www.contentagenturaustria.at](http://www.contentagenturaustria.at) und auf Ihren Besuch unseres Instagram-Profiles.



Krise der letzten Jahre haben gezeigt, dass unsere Verwaltung gut funktioniert und dass wir in weiten Teilen sehr krisenfest sind. Nehmen Sie zum Beispiel Services wie die Finanzverwaltung. Die waren durchgehend aufrecht, weil wir bereits viel digitalisiert haben.

Das ist etwas, worauf sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können. Es ist notwendig, diese Services weiter auszubauen.

### **Wie erleben Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst solche Diskussionen, dass Posten nicht nach Qualifikation besetzt werden, und wie reagiert man darauf?**

Natürlich macht einen das betroffen, der Eindruck, das wäre gängige Praxis, ist aber falsch. Es geht doch darum, dass die jeweils bestqualifizierte Person den Job bekommt.

Gerade im BMKÖS unter Vizekanzler und Bundesminister Werner Kogler wurden zuletzt auch gesetzliche Änderungen im Ausschreibungsgesetz vorgenommen und einiges getan. Und es ist notwendig, diesen Weg weiterzugehen.

Es geht um transparente und nachvollziehbare Prozesse: öffentliche Ausschreibungen, Hearings und unabhängige Auswahlkommissionen, sodass eine allfällige Einflussnahme weitestgehend ausgeschlossen werden kann. Beispielsweise indem man die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Kommission extern besetzt oder man abgeht von „Ad-hoc“ Kommissionen. Dies gilt umso mehr bei der Besetzung von Spitzenpositionen.

### **Sie sind die zweite Frau, die die Präsidentschaftskanzlei leitet. Seit Sie 2007 in den Bundesdienst eintraten, gab es mit Brigitte Bierlein auch eine Bundeskanzlerin einer Expertenregierung. Wen haben Sie als Wegbereiter oder Wegbereiterin für andere Frauen in Spitzenpositionen erlebt?**

In meiner Karriere hatte ich das Glück, dass ich mit vielen Männern wie auch Frauen zusammengearbeitet habe,

die Frauen in ihrer beruflichen Laufbahn gefördert haben.

Ich wurde Kabinettschefin der damaligen Frauen- und Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser. Für mich persönlich war sie eine Wegbereiterin. Sie war eine unerschrockene Frau und Politikerin, hat sich kein Blatt vor den Mund genommen, das hat mich beeindruckt.

Oder Klimaschutzministerin Leonore Gewessler: In den Unternehmen, an denen das Klimaschutzministerium beteiligt ist, ist der Frauenanteil seit Amtsantritt von Ministerin Gewessler bereits von 37 auf rund 50 Prozent gestiegen. Sie zeigt vor, dass es geht und dass es viele kompetente und hoch qualifizierte Frauen gibt.

### **Soll dieser Wandel Richtung mehr Frauen in Leitungsfunktionen überhaupt noch thematisiert werden – oder sollte er eigentlich bereits alltäglich sein?**

Das muss weiterhin thematisiert und vorangetrieben werden. Denn wie man sieht, ist es notwendig und da ist noch Luft nach oben. Im Bundesdienst arbeiten derzeit knapp über 43 Prozent Frauen, in Spitzenfunktionen – ich rede von Sektionsleitungsstellen – waren es laut Bericht über das Personal des Bundes 2022 (die Zahlen beziehen sich auf Stand Dezember 2021, Anm.) knapp 33 Prozent. Da besteht auf jeden Fall noch Aufholbedarf.

Es gibt bereits zahlreiche Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung im öffentlichen Dienst. Zum Beispiel das gesetzlich verpflichtende Frauenförderungsgebot, die Offenlegung von Ausschreibungen oder die Erstellung von Einkommensberichten. Im öffentlichen Dienst ist der Gender

## **3 FRAGEN, 3 ANTWORTEN**

### **Sachbuch, Krimi oder Belletristik: Was lesen Sie gerne?**

Ich lese gerne – nicht nur beruflich. Hauptsächlich historische oder biografische Romane, aber auch gerne mal einen Krimi. Zuletzt habe ich „Die Lehman Brothers“ über die Geschichte der Bank, durch deren Konkurs 2008 die Finanzmarktkrise ausgelöst wurde, gelesen.

### **Stadt oder Land – wo können Sie sich am besten entspannen?**

Das ist eine schwierige Frage. Ich liebe die Entspannung in der Stadt Wien, die mit der Donauinsel viel Grün und Ruhe bietet. Aber ich bin auch gern auf dem Land beziehungsweise in den Bergen.

### **Hören Sie gerne Podcasts? Wenn ja, welchen haben Sie zuletzt abonniert?**

Ich höre sehr selten Podcasts, der letzte, den ich gehört habe, war zum Thema Campingreisen durch Europa. Ansonsten bin ich mehr eine Leserin.

**„Heute ist Flexibilität gewünscht. Doch auch der öffentliche Dienst ist um einiges flexibler geworden seit der Zeit, als ich begonnen habe.“**



**Spitzenposition.** „Wir dürfen nicht lockerlassen“, sagt Eva Wildfellner mit Blick auf den Bericht über das Personal des Bundes, dem zufolge der Frauenanteil in Leitungsfunktionen nur knapp 33 Prozent beträgt. Hier bestehe weiterhin „Aufholbedarf“.

Pay Gap wegen der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit mit knapp über acht Prozent besser im Vergleich zur Privatwirtschaft. Doch wir dürfen nicht lockerlassen.

**Die Notwendigkeit, ein attraktiver Arbeitgeber für junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sein, gilt als eine große Herausforderung für viele Branchen, aber auch für den öffentlichen Sektor. Was hat Sie dazu motiviert, nach dem Jus-Studium in einem Ministerium zu arbeiten?**

Für mich ist die Arbeit im öffentlichen Dienst eine extrem schöne Aufgabe. Es ist ein Job, wo man mitgestalten kann und serviceorientiertes Arbeiten für die Menschen gefragt ist. Es geht um Fragen, die das Wohl der Bevölkerung, das Zusammenleben in unserer Gesellschaft betreffen, das gemeinsame Bewältigen von Herausforderungen, und darum, Antworten anzubieten. Ich empfinde das als sehr sinnstiftend.

Das war auch mein Antrieb, nach dem Studium in den Bundesdienst zu gehen. Und ich habe das nie bereut.

Die Möglichkeit der Mitgestaltung gibt es überall – egal, in welchem Ministerium. Dazu kann ich nur jede und jeden ermutigen.

**Und wie kann man junge Menschen dazu motivieren, im Staatsdienst zu arbeiten?**

Früher war die Jobsicherheit eine Motivation. Ich erlebe bei jungen Menschen jedoch, dass das mittlerweile keine große Rolle mehr spielt. Heute ist Flexibilität gewünscht. Doch auch der öffentliche Dienst ist um einiges flexibler geworden seit der Zeit, als ich begonnen habe. Ein Beispiel ist die Möglichkeit, vermehrt im Homeoffice zu arbeiten, oder der problemlose und individuelle Anspruch auf Karenz für beide Elternteile. Ich glaube, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für viele junge

Menschen ein Thema ist. Und diese ist im öffentlichen Dienst für Frauen und Männer gleichermaßen möglich. Auch die Flexibilität innerhalb des Bundesdienstes ist vermehrt gegeben und wird zunehmend wahrgenommen. Man hat so die Möglichkeit, auch andere Tätigkeitsfelder in unterschiedlichen Ministerien kennenzulernen und in andere Bereiche zu wechseln.



**Einblicke in die Hofburg.** Wie sieht der Arbeitsalltag des Bundespräsidenten aus? Und was zählt zu seinen Aufgaben? Antworten darauf und Infos zur Arbeit der Präsidentschaftskanzlei finden sich auf der Website des Staatsoberhauptes.

[www.bundespraesident.at](http://www.bundespraesident.at)

# Österreichs höchster Repräsentant

Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der Republik Österreich. Sein Arbeitsalltag ist geprägt von Empfängen, Auslandsreisen und Vertragsunterzeichnungen. Viele seiner Aufgaben erledigt der Bundespräsident in seinem Amtssitz, der **Präsidentschaftskanzlei** in der Wiener Hofburg. Hier sorgen etwa 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einen reibungslosen Ablauf an der Staatsspitze.

**Text:** Lauren Seywald

**G**estern noch ein Gespräch mit den Mitgliedern der Bundesschülervertretung, heute die Angelobung eines neuen Landeshauptmannes, und morgen empfängt er das Staatsoberhaupt eines anderen Landes: ganz alltägliche Verpflichtungen des derzeitigen **Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen**. Denn eine seiner Aufgaben ist es, die Republik Österreich im Ausland wie im Inland zu vertreten.

Der **Bundespräsident** ist der einzige Repräsentant des Staates auf Bundesebene, der **von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt** wird. Dadurch hat er eine starke Stellung im Verfassungsgefüge. Er kann die Bundesregierung nicht nur angeloben, sondern auch entlassen, und er ist Oberbefehlshaber über das Bundesheer. Die Ernennung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes und des Verwaltungsgerichtshofes gehört ebenso zu seinen Aufgaben wie die Unterzeichnung von Staatsverträgen und Bundesgesetzen.

Der **Amtssitz des Bundespräsidenten** befindet sich in der **Wiener Hofburg**. Die ehemalige Habsburger-Residenz in der Wiener Innenstadt ist bis heute die größte Schlossanlage Europas, die sich von der Albertina bis zum Leopoldinischen Trakt und von der Neuen Burg bis zum Museumsquartier erstreckt. **Seit 1947** sind die Amtsräume des Bundespräsidenten im Leopoldinischen Trakt eingerichtet – mit einem ganz besonderen Zimmer.



Für Angelobungen und die Unterzeichnung wichtiger Verträge gibt es einen eigenen, mittlerweile berühmt gewordenen Raum in der Wiener Hofburg: das **Maria-Theresien-Zimmer**. Doch wo sich heute wichtige Personen aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft vor laufender Kamera die Hände schütteln und wo Besucherinnen und Besucher begrüßt werden, schlief noch bis vor 300 Jahren die berühmte Erzherzogin von Österreich. Das prunkvolle Ehebett mit dunkelrotem Samtbaldachin stand in der Mitte des Raumes. Heute erinnert ein großes Ölgemälde an die Regentin.



Nicht sicher, ob der Bundespräsident gerade im Lande ist? Dann reicht ein Blick auf die **zwei Fahnenstangen** auf dem Dach über der Präsidentschaftskanzlei. Links weht die österreichische Flagge, rechts die europäische. Sind beide Flaggen gehisst, befindet sich Alexander Van der Bellen in Österreich. Sind sie eingeholt, hält er sich im Ausland auf. In Trauerfällen – zuletzt etwa beim Begräbnis von Queen Elizabeth II. – werden die Flaggen auf Halbmast gesetzt.

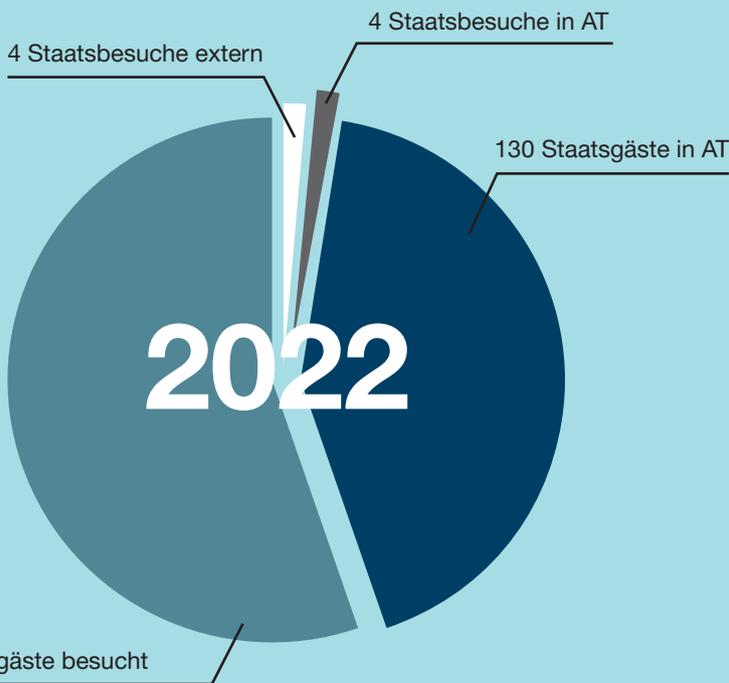
6.000



Bundespräsident Alexander Van der Bellen verlieh seit Beginn seiner Amtszeit (26. Jänner 2017) rund **6.000 Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich**. An sich kann jede Person Vorschläge für die Verleihung einer Auszeichnung beim sachlich zuständigen Bundesministerium einreichen – ausgenommen für sich selbst oder für nahe Familienangehörige. Die Ehrenzeichen umfassen zehn Stufen – vom Großstern des Ehrenzeichens, der nur an Staatsoberhäupter verliehen wird, bis hin zur Goldenen Medaille am roten Bande.

12

Der Bundespräsident wird durch das Wahlvolk für eine **Amtsperiode von sechs Jahren** gewählt. Eine Wiederwahl ist nur einmal möglich. Das heißt, die maximale Funktionsperiode des Bundespräsidenten beträgt insgesamt zwölf Jahre.



Für die obersten Verwaltungsorgane, bestimmte Behörden sowie staatsnahe Unternehmen und Mitglieder des diplomatischen Personals gibt es **eigene Kfz-Kennzeichen**, die sich aus der Abkürzung der Zulassungsbehörde und dem Landeswappen zusammensetzen. Der **Wagen des Bundespräsidenten trägt das Kennzeichen „A 1000“** mit dem österreichischen Bundesadler.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Bundespräsidenten ist die **Repräsentation Österreichs**. Im Jahr 2022 gab es **vier Staatsbesuche in der Hofburg**, und zwar aus **Italien, Estland, den Niederlanden und Südkorea**. Außerdem trat Alexander Van der Bellen selbst **Reisen nach China, Israel, Portugal und Belgien** an. Insgesamt **130 Staatsgäste** hieß der Bundespräsident im Jahr 2022 willkommen – nicht nur in der Hofburg, sondern auch bei Veranstaltungen in den Bundesländern. Alexander Van der Bellen erhielt seinerseits **170 Einladungen aus aller Welt**.

550

Eine weitere Kompetenz des Bundespräsidenten ist es, **Strafverfahren in Einzelfällen niederzuschlagen (Abolitionsrecht)**. Außerdem hat er die Befugnis, Strafgefangene zu begnadigen. Von diesem Recht machte Alexander Van der Bellen bislang rund 550 Mal Gebrauch.

# Freiwillige vor!

Junge Menschen mit Interesse an der Natur können sich im **Freiwilligen Umweltjahr** nicht nur für den Umweltschutz einsetzen. Sie sammeln dabei auch wertvolle Erfahrungen für ihre Zukunft.

**Text:** Rainer Brunbauer-Lehner

**A**lltag, das hieß für Xaver Kopf und Benjamin Schedl noch vor einem Jahr, morgens pünktlich ab acht Uhr im Klassenraum zu sitzen, Vokabel auswendig zu lernen oder penibel Angaben von Übungsbeispielen zu studieren. Xaver (19) kommt eigentlich aus Salzburg, Benjamin (20) aus dem Burgenland. Mit der Matura haben die beiden erst vor wenigen Monaten die Routine der Schule hinter sich gelassen. Dass sie jetzt gemeinsam in Wien an einem Schreibtisch sitzen und dabei mit den Gedanken trotzdem immer ein bisschen in der Natur sind, liegt daran, dass sie sich für ein Freiwilliges Umweltjahr entschieden haben.

## ERNST DES LEBENS

Xaver und Benjamin waren heuer schon viel draußen unterwegs, haben mit Ferngläsern Vögel beobachtet, bestimmt und in Listen dokumentiert. Sie haben künstliche Storch-Nester in Bäume hochgezogen, auf Veranstaltungen über die Vogelwelt erzählt und mitgeholfen, Daten eines Citizen-Science-Projekts auszuwerten. Die beiden leisten ihren Freiwilligendienst bei der Vogelschutzorganisation BirdLife Österreich: „Verglichen mit der Schulzeit hat mein Leben eine 180-Grad-Wende genommen“, sagt Xaver. Insgesamt zehn Monate werden er und sein Kollege Benjamin für die

NGO arbeiten. Dafür erhalten sie neben unterschiedlichen Fortbildungen ein kleines Taschengeld und sind voll sozialversichert. Außerdem ersparen sie sich durch das Freiwillige Umweltjahr den Präsenz- oder Zivildienst. Das Angebot erfreut sich wachsender Beliebtheit unter jungen Österreicherinnen und Österreichern. Mittlerweile entscheiden sich jährlich fast 100 Jugendliche für den Freiwilligendienst.

Die Möglichkeiten sind vielfältig. Mehr als 70 Organisationen bieten in über 90 Einsatzstellen in ganz Österreich Einsatzplätze an. Die Themengebiete reichen von allgemeinem Umweltschutz und Umweltbildung sowie Natur- und Artenschutz über ökologische Landwirtschaft und Tierschutz bis hin zu Entwicklungszusammenarbeit und erneuerbarer Energie.

## AN ALLEN FRONTEN

Teil des Programms sind sechs Ausbildungsmodule, in denen unter anderem vermittelt wird, wie Umweltschutz in Österreich funktioniert, wie er organisiert und rechtlich geregelt ist: „Davor war mir nicht ganz klar, wo der Umweltschutz überall eine Rolle spielt. Es gibt keinen Bereich, der die Umwelt nicht betrifft“, erzählt Xaver. Darüber hinaus bekommen die jungen Menschen Grundlagen der Mediengestaltung mit auf >



**Land.** Die Freiwilligen bei BirdLife kommen viel raus. Im Jänner montierten sie ein künstliches Storchennest im niederösterreichischen Stillfried.



**Stadt.** Xaver (l.) und Benjamin arbeiteten an der „Stunde der Wintervögel“, einem Citizen-Science-Projekt zur Vogelzählung in Wien mit.



**Gemeinschaft.** Die Lehrgänge im Freiwilligen Umweltjahr bringen junge Menschen mit ähnlichen Interessen zusammen. Von der Vernetzung profitieren später nicht nur die Teilnehmenden, sondern auch die Einsatzstellen.

ihren Weg. Im Laufe des Engagements muss jede und jeder Teilnehmende eine Aktion in einem Medienprojekt dokumentieren oder ein bestimmtes Thema der jeweiligen Einsatzstelle präsentieren.

Wöchentlich sind 34 Arbeitsstunden vorgesehen. Abhängig davon, ob auch Verpflegung gestellt wird, beträgt das monatliche Taschengeld derzeit bis zu 345 Euro. Außerdem gibt es Bahnvergünstigungen, und die Kosten für die Fahrt zur Dienststelle werden komplett ersetzt. Grundsätzlich können alle Menschen mit Hauptwohnsitz in Österreich zwischen 18 und 30 Jahren ein Freiwilli-

ges Umweltjahr antreten, das zwischen sechs und zwölf Monaten dauert. Um als Ersatz für den Zivildienst anerkannt zu werden, müssen es aber mindestens zehn Monate sein.

„Die Anerkennung war für die Bedeutung des Programms ein wichtiger Meilenstein“, sagt Claudia Kinzl-Ogris, Gründerin der Jugend-Umwelt-Plattform (JUMP) und Programmleiterin des Freiwilligen Umweltjahres. Denn vier Fünftel der jungen Männer im Freiwilligendienst lassen sich diesen als Zivildienstersatz anrechnen. Möglich ist das seit dem Jahr 2013.

### SICHERHEIT FÜR FREIWILLIGE

Zwar existierte schon in den 1990er Jahren ein Vorgängerprojekt. „Allerdings gab es damals keinen rechtlichen Rahmen für den Einsatz der Freiwilligen. Das Engagement passierte in einem Graubereich zwischen Dienstverhältnis und reiner Freiwilligkeit“, erklärt die Programmleiterin.

2011 hatte die Europäische Union das „Jahr der Freiwilligkeit“ ausgerufen. Im selben Jahr gründete sich JUMP. Be-

reits 2012 wurde in Österreich ein Freiwilligengesetz verabschiedet, das unter anderem das Freiwillige Umweltjahr genauer regelte und JUMP zu dessen Trägerorganisation ernannte. Finanziert werden die Plattform und der Freiwilligendienst inzwischen von den neun Bundesländern gemeinsam mit dem Klimaschutzministerium.

„Unser nächstes Ziel ist, dass das Freiwillige Umweltjahr auch beim Taschengeld dem Zivildienst angeglichen wird. Dann würden Teilnehmende ungefähr 500 Euro im Monat erhalten“, sagt Kinzl-Ogris. Dieses Ziel könnte bereits im September erreicht werden. Denn ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt vor und soll noch vor der Sommerpause im Parlament beschlossen werden. Die Novelle des Freiwilligengesetzes sieht außerdem ein Klimaticket für jede freiwillige Person vor.

Etwa 40 Prozent der Freiwilligen sind junge Frauen, für die eine Anrechnung als Ersatzdienst keine Rolle spielt. Daher ist auch die Kenntnis weiterer Motivationsfaktoren für JUMP sehr wichtig. Diese erhebt die Plattform regelmäßig: „Einer der Hauptbeweggründe ist die

## „Die Anerkennung als Zivildienst-Ersatz war für die Bedeutung des Programms ein wichtiger Meilenstein.“

**Claudia Kinzl-Ogris**  
Programmleiterin, JUMP

Berufsorientierung und das Kennenlernen von Möglichkeiten“, sagt Claudia Kinzl-Ogris. Ein zusätzlicher Anreiz sei das Klimaticket, das die Freiwilligen zukünftig erhalten sollen.

## HOBBY, BERUF, BERUFUNG

Auf der anderen Seite würden die teilnehmenden Organisationen und ihre Dienststellen erheblich von Freiwilligenarbeit profitieren: „Sie schätzen den frischen Wind und den Input der jungen Generation. Die Freiwilligen bringen oft schon handfeste Fähigkeiten aus ihrer Ausbildung auf dem Letztstand mit“, so die Programmleiterin.

Ein gutes Beispiel dafür ist Benjamin. Er kann bereits auf Berufserfahrung im Umweltschutz zurückgreifen. Schon als Schüler hat er damit begonnen, freiberuflich für ein Technikbüro das Vorkommen an Standorten geplanter Windkraftwerke zu dokumentieren: „Ich



**Arbeit.** Biologische Landwirtschaft und Landschaftspflege gehören ebenfalls zu den Einsatzgebieten im Freiwilligen Umweltjahr.



**Öffentlichkeit.** Das Freiwilligenjahr vermittelt Umweltschutz als gesellschaftlichen Auftrag und zeigt, unter welchen Rahmenbedingungen er funktioniert.

könnte auch sagen, dass ich mein Hobby zum Beruf gemacht habe“, lacht er.

Dazu passt, dass die Kurseinheiten des Freiwilligen Umweltjahres nicht nur das Naturwissen vertiefen sollen. Sie tragen durch Berührungspunkte mit Expertinnen und Experten zu einer Professionalisierung bei: „Eine meiner Leidenschaften ist das Fotografieren. Wenn man aber von jemandem etwas gezeigt bekommt, der damit sein Geld verdient, lernt man noch mal ganz anders“, sagt Xaver. Den Stellenwert des vermittelten Wissens soll neben einem Zertifikat, das den Teilnehmenden zum Abschluss verliehen wird, ein weiterer Aspekt unterstreichen: Wer später eine Ausbildung an der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik absolviert, bekommt einen Teil der Studienleistung (im Ausmaß von 8 ECTS) angerechnet.

## FÜRS LEBEN LERNEN

Und nicht nur inhaltlich sind die Ausbildungsmodulare im Freiwilligen Umweltjahr spannend: „Allein in unserer Gruppe der Ostregion sind 25 Leute im gleichen Alter, die sich alle irgendwie für die Natur interessieren. Da bildet sich schon so etwas wie eine Gemeinschaft“, sagt Benjamin.

Es ist vermutlich kein Zufall, dass die beiden Freiwilligen von BirdLife für den nächsten Lebensabschnitt ähnliche Pläne haben: Beide wollen Biologie studieren. Darauf, was sie später einmal beruflich machen werden, möchten sie sich noch nicht festlegen: „Aber ich

glaube schon, dass ich immer etwas machen werde, das mit Umweltschutz zu tun hat“, sagt Benjamin.

Er spricht damit etwas an, das für die Jugend-Umwelt-Plattform zentral ist: „Für die Umweltorganisationen ist der Impact durch das Freiwillige Umweltjahr unglaublich wertvoll. Die jungen Menschen kommen in einer Lebensphase grundlegender Veränderungen zu uns. Wenn wir sie mit den Erfahrungen, die sie hier machen, ein Stück weit mitprägen, hilft das dem Umweltschutz allgemein“, ist Claudia Kinzl-Ogris überzeugt.

Als prägend dürften Xaver und Benjamin ihre Erfahrungen jedenfalls in Erinnerung behalten: Beide sind von zu Hause ausgezogen und wohnen nun zumindest unter der Woche in Wien. Die Schulbank haben sie mit dem BirdLife-Büro und ihren Einsätzen in der freien Natur getauscht: „Alltag wird es immer geben“, sagt Xaver, „aber wenn der nur annähernd so aussieht wie im Freiwilligen Umweltjahr, kann man schon zufrieden sein.“



**Mitmachen.** Für das Freiwillige Umweltjahr 2023/24 gibt es noch freie Plätze, für die man sich noch bis Oktober 2023 bewerben kann. Kontaktdaten und alle Infos dazu gibt es auf der Website der Jugend-Umwelt-Plattform.

[www.jugendumwelt.at](http://www.jugendumwelt.at)

# Gute Partie für Österreich

Durch seine Beteiligung an den **Casinos Austria** sichert sich der Staat Einnahmen und zugleich Einfluss auf Spielerschutz-Standards. Über die Rolle und die Herausforderungen des Glücksspielkonzessionärs in der Welt der Würfel, Karten und Kugeln.

**Text:** Sabina König

**W**enn der Croupier „Rien ne va plus“ sagt, steigt die Spannung: Wo wird die Kugel landen? Gewinnt der eigene Tipp oder die Spielbank? Nur der Zufall entscheidet. Roulette gilt als Inbegriff des Glücksspiels. Viele Geschichten, Filme und Legenden ranken sich um dieses einfache Spiel, dessen Anfänge im Italien des 17. Jahrhunderts vermutet werden. Heute ist der Klassiker nur eines von vielen Angeboten der Casinos. Die Gäste können das Spielvergnügen mit Kulina-

rik und Party verbinden und auf große Gewinne hoffen. Doch Glücksspiel ist nicht nur Unterhaltung, sondern birgt auch Risiken – der Staat sieht sich daher in der Verantwortung, ordnungspolitisch in die Branche einzugreifen.

## UNTER STAATLICHEM SCHUTZ

Das österreichische Glücksspielgesetz sieht eine staatliche Aufsicht durch das Bundesministerium für Finanzen vor. So trägt der Staat den gesellschaftli-

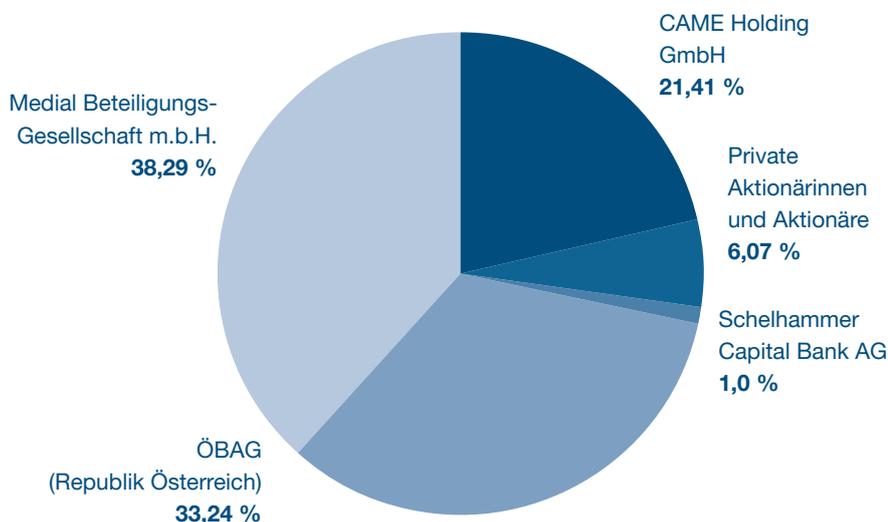
chen Risiken des Glücksspiels wie auch dem Jugend- und Konsumentenschutz Rechnung und schiebt kriminellen Machenschaften wie Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einen Riegel vor. Durch die Ausgabe und Überwachung begrenzter Konzessionen kontrolliert die öffentliche Hand, welche Unternehmen Glücksspiel betreiben dürfen.

## POKERN UM LIZENZEN

In Österreich hält die teilstaatliche Casinos Austria und Österreichische Lotterien Gruppe seit 2012 die Konzession im Glücksspiel: Sie konnte laut Finanzministerium am besten die Auflagen zu Spielerschutz, Suchtprävention sowie zu Maßnahmen gegen Geldwäsche erfüllen und sich daher alle Lizenzen sichern: jene für den Betrieb sämtlicher Spielcasinos in Österreich ebenso wie die Lotterielizenz, die auch das Onlinegeschäft umfasst. Das Kerngeschäft, der Betrieb der zwölf österreichischen Casinos, wird durch die Konzerngesellschaft Casinos Austria AG abgewickelt. Darüber hinaus sind die Österreichischen Lotterien, der Online-Glücksspiel-Anbieter win2day, das Unternehmen WINWIN mit seinen 22 Video Lottery Terminals und die Österreichische Sportwetten-Gesellschaft tipp3 Teil der Gruppe. Die Konzession der Lotterien läuft ebenso wie die Lizenzen der sechs Stadtcasinos 2027 ab, jene der sechs Landcasinos ist bis Ende 2030 befristet.

## ANTEILE AN CASINOS AUSTRIA

Der Sitz der Casinos Austria AG ist in Wien. Aktionäre des nicht börsennotierten Unternehmens sind:





**Evergreen.** Roulette ist ein Glücksspiel-Klassiker, der sich nicht nur bei den Casinos Austria großer Beliebtheit erfreut. Heute steht das Spiel auch im virtuellen Raum zur Verfügung.

## INSTITUTION MIT TRADITION

Im Jahr 1934 als „Österreichische Casino A. G.“ erstmals ins Firmenbuch eingetragen, erfolgte 1967 die Gründung der Casinos Austria AG. Zehn Jahre später stieg das Unternehmen in das internationale Geschäft ein. Auch die Anfänge des heute so beliebten Automatenspiels reichen in die 1970er Jahre zurück. Mit der Gründung der Österreichischen Lotterien und der Einführung von „Lotto 6 aus 45“ legten die Casinos Austria 1986 den Grundstein für das lukrative Lotteriegeschäft. Zu den Meilensteinen in der Geschichte der Casinos Austria zählt die Gründung von WebClub im Jahr 1998: Der Vorläufer der jetzigen Plattform win2day war einer der ersten Onlineglücksspielanbieter in Europa. 2001 erschloss der Konzern mit der Gründung von tipp3 das Sportwettengeschäft, das heute nicht mehr aus dem Portfolio wegzudenken ist. Mit der Beteiligung an der EuroMillionen-Lotterie starteten die Österreichischen Lotterien 2004 im europaweiten Lotteriegeschäft durch. Mit weitreichenden internen Umstrukturierungen ging die Zusammenführung der

## DATEN & FAKTEN

- Anzahl Casinos: **12**
- Anzahl Video Lottery Terminals: **20**
- Anzahl Lotterie-Annahmestellen: **5.039**
- User auf win2day.at: **796.225**
- Annahmestellen für tipp3: **2.985**
- Bruttospielerträge 2022: **1,42 Mrd. Euro Umsatz** (davon 263 Mio. Casinos Austria AG, 204 Mio. Casinos Austria International, 932 Mio. Österreichische Lotterien GmbH)
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: **2.993**
- Generaldirektor: **Erwin van Lambaart**
- Vorstandsdirektor: **Martin Škopek**



**Glücksspielprofi.** Erwin van Lambaart ist seit 1. April 2022 Generaldirektor der Casinos Austria AG und Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Lotterien GmbH.

Unternehmenszentralen von Casinos Austria und Lotterien am Wiener Rennweg 2008 einher.

## VERANTWORTUNG VOR PROFIT

Durch seine Beteiligung am Konzern kann sich der Staat bei Strategieentscheidungen einbringen und in einem sensiblen Geschäftsfeld mitgestalten. Indem er beispielsweise hohe Spielerschutzstandards einfordert, trägt er dazu bei, Sucht- und wirtschaftliche Existenzgefährdung von Personen zu vermeiden. „Wir sehen es als unseren Auftrag an, jenen, die spielen wollen, ein legales, kontrolliertes Angebot bereitzustellen. Dabei geht es nicht um den höchsten Umsatz. Wir möchten möglichst wenig Geschäft mit Leuten machen, die sich das Spielen nicht leisten können oder ein Problem haben. Das gelingt natürlich nicht zu 100 Prozent, wir werden aber ständig besser“, sagt Pressesprecher Patrick Minar. Das Unternehmen kommuniziert daher mit Bedacht, verzichtet beispielsweise auf offensive Werbung, die zum Spielen verleiten könnte, und betreibt kein Sponsoring im Umfeld von Kindern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind sensibilisiert, ein problematisches Spielverhalten zu erkennen und einzudämmen.

Einen kritischen Blick auf die Spielerschutzregeln der Casinos Austria hat

**„Wir sehen es als unseren Auftrag an, jenen, die spielen wollen, ein Angebot bereitzustellen.“**

**Patrick Minar**  
Pressesprecher Casinos Austria

der Verein Spielerhilfe. Er ortet etwa Mängel bei Besucherbeschränkungen für gefährdete Personen sowie bei den Protokollen der Gewinne und Verluste jener Spieler, die ein problematisches Spielverhalten aufzeigen. Der Verein fordert Nachschärfungen im Gesetz, um den Casinos Austria hier noch strengere Regeln aufzuerlegen.

## POLITISCHE VERFLECHTUNG IN DER KRITIK

Die Republik profitiert auch finanziell vom Glücksspiel-Monopol. Zum einen sind die Casinos Austria nach der OMV der zweitgrößte Steuerzahler des Landes: 690 Millionen Euro zahlte die Unternehmensgruppe 2022 in die Staatskasse ein. Zudem ist der österreichische Staat mit 33 Prozent Beteiligung auch Miteigentümer des Konzerns und erhielt im Vorjahr Dividenden in Höhe von 40 Millionen Euro. Die Dop-



„Cashcow“. Die Lotterien sind Teil des Casinos-Austria-Konzerns und tragen 66 Prozent zum Gesamtumsatz der Gruppe bei. Dieser Bereich entwickelt sich besonders dynamisch.

pelrolle des Finanzministeriums, das einerseits Konzessionsentscheidungen trifft, andererseits Hauptprofiteur der Einnahmen ist, steht immer wieder in der Kritik. Über die Notwendigkeit einer Entflechtung von Politik und Casinos-Konzern besteht weitgehender Konsens, Reformbemühungen scheiterten aber bislang. 2019 stand das Unternehmen im Rahmen der sogenannten Casinos-Affäre im Zusammenhang mit politischer Einflussnahme bei Postenbesetzungen im medialen Scheinwerferlicht. „Die Causa war für uns schmerzhaft, weil es sich eigentlich um

politische Fehler handelte und wir als Unternehmen titelgebend waren“, bedauert Pressesprecher Patrick Minar. Der Imageschaden sei schwer zu messen, in den Geschäftszahlen hätten sich die Vorkommnisse aber kaum niedergeschlagen.

### HERAUSFORDERUNGEN IM ONLINEBEREICH

Die Lotterien sind mit einem Anteil von 66 Prozent am Gesamtumsatz die „Cashcow“ des Konzerns und zugleich jener Bereich, der sich am dynamisch-

ten entwickelt. Das liegt weniger am klassischen Lottogeschäft als am On-lineglücksspiel, das ebenfalls in dieser Kategorie erfasst ist. Dabei zeigt sich im Onlinebereich ein paradoxes Bild: Die Casinos-Austria-Tochter win2day ist der einzige Lizenzträger für Onlineglücksspiel in Österreich, hält aber nur einen Marktanteil von 50 Prozent. Dieser Umstand ist den zahlreichen weiteren Marktteilnehmern geschuldet, die mit Lizenzen anderer europäischer Länder auf dem heimischen Markt mitmischen. Hier ortet Minar politischen Handlungsbedarf, der Staat greife nicht konsequent durch. Das führe zu einer Wettbewerbsverzerrung, denn die Konkurrenz setze kaum Maßnahmen in Sachen Spielerschutz. Während bei win2day beispielsweise maximal 800 Euro eingesetzt werden können, gibt es bei anderen Anbietern keine Limits.

Aufmerksam beobachten die Casinos Austria auch Trends wie Lootboxen im Onlinegaming, die erst kürzlich in Österreich als illegales Glücksspiel eingestuft wurden: Dabei handelt es sich um virtuelle Behälter, die in Videospiele zum Verkauf stehen. Sie enthalten zufällige Sammlungen bestimmter Gegenstände, etwa Waffen oder sonstige Ausrüstung. Mit Entwicklungen wie dieser hält das schnelllebige Internet die Glücksspielbranche und damit die Casinos Austria auch künftig in Bewegung.

**„Die Causa war für uns schmerzhaft, weil es sich eigentlich um politische Fehler handelte und wir als Unternehmen titelgebend waren.“**

**Patrick Minar**  
über die „Casinos-Affäre“



**Leitbetriebe.** Casinos Austria zählt seit 1968 zu den weltweit führenden Glücksspielanbietern. Herzstück des Unternehmens sind die zwölf österreichischen Casinos, die sich auch touristisch als Unterhaltungs- sowie Veranstaltungslocations etabliert haben.

[www.casinos.at](http://www.casinos.at)

# Vogelhäuschen aus der Haftanstalt

Wer sich diesen Sommer noch eine Kräuterschnecke oder einen Feuerkorb zulegen möchte, wird im **Jailshop** fündig. Denn dort werden handgemachte, lokal hergestellte Produkte für den Garten verkauft. Produziert von Insassinnen und Insassen österreichischer Gefängnisse.

**Text:** Julia Strohdorfer



**Umgarnt.** Am Webstuhl werden Insassen der Justizanstalt Göllersdorf therapeutisch beschäftigt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen – und auch gekauft werden.

**H**andwerk, das sitzt“ – so lautet das Motto des Jailshops, dessen Name Programm ist: Dort lassen sich Produkte wie Nisthäuser oder Tonanhänger erwerben, die von Häftlingen aus elf Justizanstalten in ganz Österreich hergestellt wurden. Eine der Werkstätten befindet sich in der Justizanstalt Göllersdorf. Die Leiterin der Einrichtung, Daniela Seichter, erklärt den Nutzen des Projekts so: „Eine Beschäftigung ist sehr wichtig für Untergebrachte, damit sie eine Tagesstruktur haben. Noch besser natürlich, wenn sie auch sinnvoll ist.“

Seit März 2023 ist das Gefängnis Göllersdorf ein forensisch-therapeutisches Zentrum. Ein Hauptziel des dortigen Maßnahmenvollzugs ist neben der Rückfallprävention die Reintegration in die Gesellschaft. „Diese ist nur zu erreichen, indem man Personen beschäftigt

und die Welt der Justizanstalt an die Arbeitswelt angleicht“, sagt die ausgebildete Gesundheitspsychologin. In Göllersdorf sind ausschließlich solche Insassen untergebracht, die in der Bevölkerung als „geistig abnorme Rechtsbrecher“ bekannt sind. Das Wording hat sich aber mittlerweile verändert: „Seit dem neuen Maßnahmenvollzugsanpassungsgesetz heißt es ‚Personen mit einer nachhaltigen psychischen Erkrankung‘. Das ist gut, da wir nicht mehr von ‚geistig abnormen‘ Menschen sprechen“, so Seichter.

In den Gefängnissen gibt es eine Arbeitspflicht, im Maßnahmenvollzug nicht. Daniela Seichter beobachtet jedoch, dass das Angebot, Produkte für den Jailshop herzustellen, in ihrer Justizanstalt gerne angenommen wird: „Bei uns geht es um das Geben einer Tagesstruktur. Insassen erhalten auch

eine Arbeitsvergütung. Und wenn sie erfahren, dass eines ihrer Produkte verkauft wurde, dann sind sie auch sehr stolz.“

Am 23. Juni 2023 feiert der Shop sein sechsjähriges Bestehen. Bis Mitte 2022 sind 1.100 Bestellungen eingegangen, 2.000 Produkte wurden bereits versandt. Und wie soll sich das Projekt weiterentwickeln? „Wir möchten die Kooperation mit lokalen Betrieben ausbauen, die etwa Produkte bestellen“, sagt die Anstaltsleiterin. Stücke, die Untergebrachte im Rahmen der Therapie mit Sonder- und Heilpädagoginnen anfertigen, sollen ebenfalls in den Shop integriert werden.

Die Produkte aus dem Jailshop werden übrigens innerhalb Österreichs versandkostenfrei verschickt. Ein Einkauf unterstützt also nicht nur die Reintegration von Häftlingen, sondern ist auch bequem und kostensparend.



**Flecht und Ordnung.** In der Justizanstalt Göllersdorf werden von den Häftlingen vielseitig einsetzbare Körbe geflochten.

**Mitgestaltung.** Eine Gruppe Jugendlicher in Michaelnbach entwickelt neue Ideen für ihre Gemeinde.



# Jugendliche übernehmen die Regie

Im oberösterreichischen Michaelnbach haben junge Menschen eine starke Stimme. Durch das von der Gemeinde gestartete Pilotprojekt **„JUGEND PUR – kommunale Mitgestaltung für junge Leute“** erhalten Jugendliche mehr Mitbestimmung über das Leben in ihrem Heimatort.

**Text:** Julia Strohdorfer

**E**in Jugendraum. Das war das Endergebnis des Projekts „JUGEND PUR“, bei dem Michaelnbacher Jugendliche Wünsche an ihre Gemeinde richten konnten.

Zum Projektstart im Frühjahr 2017 konnten junge Michaelnbacher über eine von der Uni Salzburg entwickelte App Fragebögen ausfüllen. Im Anschluss wurde vor Ort eine Ideenwerkstatt abgehalten, wo unter anderem über einen Jugendraum diskutiert wurde. Das Anliegen fand dann auch seine Umsetzung, wie Projektleiterin Magdalena Stockinger erzählt: „In Regie mit den Jugendlichen wurde das ehemalige Musikheim umgebaut.“

Das Interesse der jungen Menschen am Projekt „JUGEND PUR“ war groß. „Wir haben per Zufall 22 Jugendliche

im Alter von 11 bis 22 Jahren ausgesucht und angefragt, ob sie Teil unserer ‚Steuerungsgruppe‘ sein und zur Projektvorstellung kommen wollen“, erinnert sich Stockinger. 18 Jugendliche nahmen die Einladung an.

Doch nicht nur die hohe Akzeptanz war für die Organisatorinnen und Organisatoren überraschend, sondern auch, dass digitale Aspekte bei den jungen Leuten nur eine untergeordnete Rolle spielten: „Die Rückmeldung der Jugendlichen war, dass sie die persönlichen Treffen, bei denen sie diskutieren und anpacken konnten, viel interessanter fanden“, so Stockinger. Dies habe man im Vorfeld anders eingeschätzt, erinnert sich die Projektleiterin.

Mittlerweile sei die aktive Phase beendet, auf die jungen Menschen werde

aber weiterhin gehört, sagt Stockinger: „Einige der älteren Jugendlichen sind inzwischen Eltern geworden und haben den Wunsch geäußert, den Jugendraum mit ihren Kindern zu nutzen. So hat sich dieser auch zum Kleinkind-Treff weiterentwickelt.“

Seitens der Initiatorinnen und Initiatoren wünscht man sich zahlreiche Nachahmer. Gemeinden, die Interesse haben, können mittels der Plattform „Bürgercockpit“ ebenfalls Fragen an ihre jungen Bewohnerinnen und Bewohner richten.





**Spitzenreiter.** Die „ZiB 2“ gehört zu den wichtigsten Nachrichtensendungen Österreichs und wird auch über die Landesgrenzen hinweg geschätzt.

# Der Sender der Republik

Seit fast 100 Jahren bietet der **Österreichische Rundfunk (ORF)** Information, Unterhaltung und Bildung für Millionen von Menschen. Ein Porträt.

**Text:** Lisa Blazek

**H**och über Wien, am Küniglberg im 13. Bezirk, thront das ORF-Zentrum. Von 1967 bis 1969 geplant und von dem österreichischen Architekten Roland Rainer im Stil der Nachkriegsmoderne entworfen, nahm es bereits 1972, drei Jahre vor seiner Fertigstellung, den Betrieb auf. Bis heute ist das Gebäude, das seit 2007 unter Denkmalschutz steht, Herz des Österreichischen Rundfunks, der mittlerweile auf vier TV-Kanälen sowie zwölf Radiosendern, aus neun Landesstudios sowie über das ORF.at-Netzwerk, die TVthek und per Teletext wichtige Informationen ins ganze Land und in die Welt trägt.

## ZURÜCK ZUM ANFANG

Seine ersten Schritte machte der ORF allerdings unter einem anderen Namen – als RAVAG (Radio-Verkehrs-AG), die am 1. Oktober 1924 mit Radio Wien den Be-



**Sendungsstart.** Die Wurzeln des ORF liegen in der 1924 gegründeten Radio-Verkehrs-AG, damals auch als RAVAG bekannt.

trieb aufnahm. Gesendet wurde aus dem Dachgeschoss des ehemaligen Kriegsministeriums am Wiener Stubenring, bevor 1935 mit dem Bau des eigenen Funkhauses in der Argentinierstraße im 4. Wiener Gemeindebezirk begonnen wurde. Zum Zeitpunkt seiner Fertigstellung im Jahr 1939 gab es die RAVAG nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form. Wenige Tage nach dem „Anschluss“ an NS-Deutschland im Jahr 1938 war der Programm-betrieb von der „Reichsrundfunkgesellschaft“ und die Sendetätigkeit von der „Deutschen Reichspost“ übernommen worden. Unmittelbar nach Kriegsende begann 1945 nicht nur der Wiederaufbau der Republik, sondern auch jener des Senders. Unter dem späteren Generaldirektor Oskar Czeija startete der Aufbauprozess, der 1957 mit der Gründung der Österreichischen Rundfunk GmbH seinen Abschluss fand.

## EIN SENDER MIT AUFTRAG

Es dauerte eine Weile, bis der ORF zu dem wurde, was er heute ist – nicht nur als Institution, sondern auch als Synonym für öffentlich-rechtliche Unterhaltungs- und Informationsgestaltung. Weshalb ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk wichtig ist, erklärt der ehemalige Journalist und jetzige Medienberater Peter Plaikner: „Öffentlich-rechtlich bedeutet, dass ein Medium von der Allgemeinheit getragen wird“, sagt er. „Der ehemalige ORF-Generaldirektor Gerd Bacher hat es so definiert, dass die Existenzberechtigung des ORF auch darin besteht, dass

er der größte Kulturträger und Identitätsstifter des Landes ist.“ Ein wichtiger Punkt, wenn man bedenkt, dass der große Nachbar Deutschland nicht nur zehnmal so viele Einwohnerinnen und Einwohner hat, sondern dort auch die gleiche Sprache gesprochen wird. Plaikner: „Der ORF setzt sehr stark auf eigene, österreichische Inhalte. Nicht umsonst ist ORF 2 mit knapp 22 Prozent Marktanteil das stärkste unter den Programmen. Sehr viele dieser Inhalte wären privat nicht zu finanzieren, was auch der Grund ist, warum wir so ein öffentlich-rechtliches Medium brauchen.“

## SCHRUMPFENDE MEDIENLANDSCHAFT

Ein weiterer Grund für die Notwendigkeit eines verlässlichen öffentlich-rechtlichen Mediums ist die seit Jahren abnehmende Medienvielfalt im Land. „Der österreichische Medienmarkt gehört zu den konzentriertesten in ganz Europa“, erklärt Plaikner. „Die Printmedienlandschaft ist in ihrer Vielfalt bereits sehr geschrumpft, aktuell halten wir bei nur mehr 14 Tageszeitungen. Das ist im Vergleich zu anderen Ländern wie der Schweiz oder Schweden sehr wenig und bedeutet, dass der Gesamtkuchen nicht nur unter sehr viel weniger Teilnehmern aufgeteilt wird, sondern dass die aufgeteilten Stücke auch entsprechend größer sind.“ Dies erklärt zum Beispiel auch die über Jahrzehnte gewachsene Dominanz des Boulevardblatts „Kronen Zeitung“, die in Relation zur Einwohnerzahl zu

**Ganz oben.** Das Zentrum des ORF liegt am Küniglberg im 13. Wiener Gemeindebezirk.





**Generalintendant.** 20 Jahre lang stand Gerd Bacher an der Spitze des ORF. Einige seiner Entscheidungen prägen die Anstalt bis heute.

den meistgelesenen Tageszeitungen der Welt gehört. „Gerade deshalb ist es wichtig, dass ein Land immer einen starken öffentlich-rechtlichen Gegenpol hat“, so Plaikner. Einen solchen gibt es mit dem ORF, und er ist auch sehr erfolgreich – auf mehreren Kanälen.

### DREIFACHE DOMINANZ

Der österreichische Rundfunk ist mit seinen Radio- und Fernsehsendern nicht nur zweifacher, sondern mit seinem Online-Nachrichtendienst sogar dreifacher Marktführer. „Das stellt eine absolute Ausnahmesituation in ganz Europa dar“, erklärt Peter Plaikner. Grund dafür ist die relativ späte Liberalisierung des österreichischen Medienmarktes. Während in Deutschland und der Schweiz die ersten privaten Rundfunksender bereits in den 1980er Jahren ihren Betrieb aufnahmen, hielt der ORF sein Monopol bis zum Beginn des neuen Jahrtausends. Dass die öffentlich-rechtliche Institution nach wie vor den Publikumsmarkt beherrscht, gefällt allerdings nicht allen. Der Vorwurf, der ORF sei ein „Staatsfunk“, ist seit Jahrzehnten regelmäßig zu vernehmen. Die Ursachen dafür finden sich nicht zuletzt in seiner Organisationsstruktur.

### KALKULIERTE STRUKTUR MIT WIDERSTAND

Neben dem Generaldirektor verfügt der ORF mit dem Stiftungsrat und dem Publikumsrat über zwei weitere zentrale Organe. Während der Stiftungsrat für die Kontrolle und Leitung der Rundfunkanstalt verantwortlich ist, hat der Publikumsrat die Interessen der Seherinnen und Seher sowie der Hörerinnen und Hörer zu wahren. Der Stiftungsrat bestellt

die Generaldirektorin oder den Generaldirektor. Die gewählte Person ist dann für eine Amtsperiode von fünf Jahren mit der alleinigen Geschäftsführung betraut.

Die Besetzung des mächtigen Stiftungsrates mit 35 Mitgliedern ist dabei alles andere als zufällig: Sechs Mitglieder stellt die Bundesregierung unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der politischen Parteien im Nationalrat, jedes der neun Bundesländer entsendet ein Mitglied, neun weitere nominiert wiederum die Bundesregierung, sechs der Publikumsrat und fünf weitere der Zentralbetriebsrat. „Der Stiftungsrat soll laut Gesetz wie ein Aufsichtsrat funktionieren“, sagt Plaikner. „Er soll parteifern sein, ist es aber nicht. Kaum ein Mitglied des Stiftungsrates ist nicht parteilich zuordenbar.“ Die Befürchtung einer möglichen Einflussnahme der Politik kommt also nicht von ungefähr, doch der Medienberater verweist auf „sehr selbstbewusste, auf ihre Unabhängigkeit bedachte Redaktionen, die ein Kippen in einen etwaigen Staatsfunk verhindern“. Gerade die „ZIB 2“ werde über die Grenzen Österreichs hinaus als führende Informationssendung mit kritischer Grundhaltung gegenüber den Regierenden gesehen, erklärt Plaikner.

### EIN SENDEr, NEUN LÄNDER UND VIEL POTENZIAL

Neben dem ORF-Zentrum und dem Wiener Funkhaus sorgt der ORF auch mit acht weiteren Landesstudios für regelmäßige Berichterstattung aus den Bundesländern. Ein Zugeständnis an den Föderalismus, so Plaikner: „Vor allem Formate wie ‚Bundesland Heute‘ waren in den 1980ern eine direkte Antwort auf das bereits auf Sendung gegangene deutsche



**Landesweit.** Der ORF sendet sein Programm nicht nur vom Küniglberg, sondern auch aus insgesamt neun Landesstudios.

Privatfernsehen. Man hat sich auf eigene Inhalte konzentriert und ist regionaler geworden.“ Zugleich soll das uniforme äußere Erscheinungsbild der Studios die Einigkeit der Bundesländer betonen.

In den Landesstudios erkennt Medienberater Peter Plaikner auch erhebliches Potenzial für die Zukunft des ORF: „Landesstudios haben sehr viel Sinn, wenn man bedenkt, dass die ‚Global Player‘ aus dem Silicon Valley die klassischen Mediengeschäftsmodelle auf nationaler Ebene schon zerstört haben und mehr und mehr versuchen werden, auch auf die lokale und regionale Ebene zu gehen. Hier hätten die Landesstudios auch aufgrund des Vertrauens, das regionale und lokale Information immer noch genießt, eine Chance dagegenzuhalten. Da lineares Fernsehen eher Menschen ab 60 anspricht, muss man aber auch eine Transformation ins Digitale erreichen, um gerade jungen Menschen zeit- und ortsunabhängig Informationen anbieten zu können.“



**Dreifach stark.** Nicht nur im TV ist der ORF Spitzenreiter, auch bei Radio und Online-Nachrichten liegt er ganz vorne.

### DER ORF IM WANDEL

Eine große Veränderung ist bereits gelungen: die Sanierung des ORF-Zentrums und die damit verbundene Errichtung des ORF-Mediencampus, die 2021 abgeschlossen wurde. Die Idee dahinter war, Fernsehen, Radio und Online an einem gemeinsamen Standort zusammenzubringen. Herzstück ist dabei der neue, multimediale Newsroom, in dem die Nachrichtenproduktion für alle Plattformen gebündelt ist.

Zudem wurde im österreichischen Nationalrat erst vor kurzem das neue ORF-Medienspaket beschlossen. Dieses bringt neben dem Ende der Sieben-Tage-Beschränkung für Inhalte der TVthek



**Generaldirektor.** Seit dem 1. Jänner 2022 leitet Roland Weißmann die Geschicke des ORF. Er wurde vom Stiftungsrat für fünf Jahre bestellt.

sowie dem Start für „Online only“- und „Online first“-Inhalten auch neue Formate für Kinder sowie einen stärkeren Fokus auf digitale Inhalte, die vor allem junge Menschen für öffentlich-rechtliche Medieninhalte begeistern sollen. Gerade im digitalen Bereich wird es aber auch einschneidende Veränderungen für den Online-Nachrichtendienst orf.at geben, der in Zukunft nur noch 350 Meldungen pro Woche veröffentlichen und verstärkt auf Video-Content setzen soll.

## BYE-BYE GIS!

Eine weitere wesentliche Neuerung ist die Abschaffung der Rundfunkgebühr, die bisher für Radio- und TV-Empfangsgeräte bezahlt werden musste. Sie wird durch die Haushaltsabgabe ersetzt, die monatlich 15,30 Euro betragen wird – egal, ob sich in einem Haushalt ein Empfangsgerät befindet. Günstiger als die bisherige GIS, ist sie aus Sicht des Experten die bestmögliche Variante, um einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu erhalten. „Eine Budgetfinanzierung ist immer wesentlich gefährlicher, wenn man auf die Unabhängigkeit schaut“, so Peter Plaikner. „Unterm Strich ist die Haushaltsabgabe dann das gerechteste System, um ein Medium zu finanzieren, das wir brauchen.“



**Programm.** Auf orf.at findet man nicht nur Nachrichten aus aller Welt auf einen Blick, sondern auch regionale Neuigkeiten aus allen neun Bundesländern. Ebenfalls abrufbar sind die Radiosender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie die TVthek, in der neben Live-Programmen auch vergangene Sendungen online nachgesehen werden können.

[www.orf.at](http://www.orf.at)



1924

**Der Anfang.** Die ersten Sendeschritte machte der spätere ORF als RAVAG (Radio-Verkehrs-AG). Das damalige Radio Wien ging dabei aus dem ehemaligen Kriegsministerium am Stubenring auf Sendung.

1935



**Ein neues Zuhause.** Mitte der 1930er Jahre erfolgte der Spatenstich für das eigene Funkhaus in der Argentinierstraße im 4. Wiener Gemeindebezirk. Es wurde 1939 fertiggestellt und ist bis heute in Betrieb.

1969



**Mondlandung.** Eines der wichtigsten Ereignisse der Menschheitsgeschichte: Apollo 11 landet auf dem Mond. Zuseherinnen und Zuseher waren im ORF live dabei – auch dank Hugo Portisch. Mit 28 Stunden ist es die längste TV-Sendung in der ORF-Geschichte.

1988



**Neun Länder, neun Sendungen.** Das TV-Format „Bundesland Heute“ ging zum ersten Mal in den späten 1980ern auf Sendung. Bis heute stehen im Vorabendprogramm Nachrichten aus jedem Bundesland im Mittelpunkt.

2014



**Triumphal.** Der Sieg von Conchita Wurst beim „Eurovision Song Contest“ 2014 in Kopenhagen war nicht nur für Österreich, sondern auch für den ORF ein Highlight. Damit war Österreich im folgenden Jahr Gastgeber des Wettbewerbs und stand europaweit im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit.

2022



**Alles neu.** Die Sanierung des ORF-Zentrums und der neue ORF-Mediencampus wurden 2021 fertiggestellt. Ende 2022 waren dann auch die Übersiedlungen innerhalb des ORF, etwa in den neuen, multimedialen Newsroom, abgeschlossen.

# Aktuelles aus der Verwaltung: Einstiege, Aufstiege, Umstiege

Doppelspitze für die **GeoSphere Austria**. Neue Leitung der Abteilung für Großverfahren im BMJ. Österreich hat eine **Behindertenanwältin**, die Wiener **MA 17** eine neue Abteilungsleiterin. Neue Spitzen auch am **Landesgericht Innsbruck** und bei der **Wiener Berufsfeuerwehr**.

Text: Julia Strohdorfer



## DOPPELSPITZE FÜR NEUE „GEOSPHERE AUSTRIA“

Seit Jahresbeginn bündeln die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) und die Geologische Bundesanstalt (GBA) ihre Kompetenzen in der GeoSphere Austria. Mit **Sylvia Bauer-Beck** und **Andreas Schaffhauser** erhält die neue Kompetenzstelle für Geologie, Geophysik, Klimatologie und Meteorologie für fünf Jahre eine Doppelspitze. Die Betriebswirtin und erfahrene Geschäftsführerin Bauer-Beck ist ab Juli 2023 kaufmännische Generaldirektorin, der Meteorologe und seit 2021 provisorische ZAMG-Leiter Schaffhauser wissenschaftlicher Generaldirektor.



## NEUE LEITERIN DER ABTEILUNG FÜR GROSSVERFAHREN

**Daniela Wenger** leitet seit Dezember 2022 die Abteilung V 2 im Bundesministerium für Justiz (BMJ), die für Großverfahren und berichtspflichtige Strafsachen zuständig ist. Die offizielle Dekretüberreichung erfolgte im Februar 2023. Die Juristin wurde 2011 zur Staatsanwältin in Feldkirch ernannt, 2016 wechselte sie ins BMJ als Referentin der Strafrechtssektion. Nach der Ernennung zur Oberstaatsanwältin der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft kehrte sie 2022 ins BMJ zurück.



## CHRISTINE STEGER IST ERSTE BEHINDERTENANWÄLTIN

Seit März 2023 ist **Christine Steger** die erste Frau an der Spitze der österreichischen Behindertenanwaltschaft. Die Expertin für die Vertretung von Menschen mit Behinderungen setzte sich gegen 18 Bewerberinnen und Bewerber durch. Steger ist seit 2018 Vorsitzende des unabhängigen Monitoringausschusses, der die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention kontrolliert. Als langjährige Leiterin der Abteilung Family, Gender, Disability & Diversity der Paris Lodron Universität Salzburg war sie unter anderem an der Schaffung barrierefreier Lehr-, Lern- und Arbeitsbedingungen sowie an der Entwicklung diverser Gleichstellungsprojekte beteiligt.



## NEUE SPITZE FÜR WIENER BERUFSFEUERWEHR

Seit 1. Mai 2023 ist **Mario Rauch** Branddirektor und damit neuer Leiter der MA 68 – Feuerwehr und Katastrophenschutz in Wien. Er steht nunmehr den 1.930 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wiener Feuerwachen vor. Rauch schloss 2006 die Offiziersausbildung bei der Berufsfeuerwehr Wien ab und wurde 2014 Hauptinspektionsoffizier und damit höchster Einsatzleiter vor Ort bei Großschadenslagen.



## NEUER PRÄSIDENT DES LANDES- GERICHTS INNSBRUCK

Mit einem Festakt wurde **Andreas Stutter** im Februar 2023 als neuer Präsident des Landesgerichts Innsbruck vorgestellt. Stutter begann seine Justizkarriere im Jahr 1996 als Richter für den Oberlandesgerichtssprengel Innsbruck. Am Landesgericht Innsbruck ist Stutter seit 1998 tätig, 2011 wurde er dann zum Vizepräsidenten des größten Volllandesgerichts Österreichs ernannt. Für viele Jahre war er außerdem dessen Mediensprecher. Im November 2022 folgte schließlich – nach der Pensionierung seines Vorgängers – die Ernennung zum Präsidenten des Landesgerichts.



## THEODORA MANOLAKOS LEITET INTEGRATION UND DIVERSITÄT

**Theodora Manolakos** ist seit April 2023 Leiterin der Wiener Magistratsabteilung 17 – Integration und Diversität. 2008 trat die Politologin und Ethnologin in den Dienst der Stadt Wien ein. 2021 erfolgte der Wechsel in die Geschäftsgruppe „Bildung, Jugend, Integration und Transparenz“ als Referentin für Integration, Diversität, Einwanderung und Menschenrechte. Die MA 17 spielt eine zentrale Rolle bei integrations- und diversitätsrelevanten Modellprojekten und Maßnahmen der Stadt Wien.



NEU  
KSV1870

# Ihre digitalen Dokumente! Offiziell, schnell und einfach.

In nur zwei Schritten zu Ihrem Firmenbuch-/Grundbuchauszug.



Holen Sie sich jetzt Ihren Auszug – gleich direkt und mobil. auszug.at ist die Plattform für digitale Abfragen aus der Firmenbuch- und der Grundbuchdatenbank der Republik Österreich.

## **JETZT NEU:**

Bonitätsauskünfte zu Unternehmen vom **KSV1870**

Mehr Information auf **auszug.at**

 **auszug.at**

Offizielle Verrechnungsstelle der Republik Österreich.  
Ein Serviceportal der Mediengruppe Wiener Zeitung.

# Inflation mit Unterschieden

In Österreich fällt die **Teuerung** zurzeit stärker aus als in den meisten Euro-Ländern. Verantwortlich dafür sind auch die Maßnahmen der Regierung. Was jetzt zu tun wäre.

Text: Teseo La Marca





**Geldpolitik.** Stabile Preise zu gewährleisten – das ist eine Aufgabe der Europäischen Zentralbank (EZB). Ein Instrument, um die Teuerung zu bekämpfen, ist die Leitzins-Anhebung.

**Z**wei Prozent Inflation ist das erklärte Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB). Davon ist die Eurozone, Stand Februar, weit entfernt: 8,5 Prozent beträgt die Inflation in der 20-Länder-Gemeinschaft, in Österreich liegt sie sogar noch höher: Hier sind die Preise im Februar im Vergleich zum Vorjahr laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI) um über elf Prozent gestiegen. Das ist der höchste Stand seit 1952.

Für die Verbraucherinnen und Verbraucher bedeutet das, dass man sich vom selben Gehalt immer weniger leisten kann. Und auch das Ersparte schrumpft mit der sinkenden Kaufkraft.

Die Preissteigerungen im letzten Jahr kamen nicht überraschend. Schon unmittelbar nach der Pandemie wurde das Leben spürbar teurer. Nachdem viele Menschen aufgrund der Corona-Maßnahmen ihr Geld nicht für Reisen, Restaurantbesuche oder Konzerte ausgeben konnten, hatten sie nach dem Ende der Lockdowns viel Geld für den Konsum übrig. Die Nachfrage nach Dienstleistungen und vor allem nach Gütern stieg sprunghaft an – und damit erhöhten sich auch die Preise.

Für Erstaunen sorgte allerdings die Tatsache, dass sich die Inflation so hartnäckig hielt. Bis Ende 2021 gingen die Volkswirtinnen und Volkswirte bei der EZB noch davon aus, die Teuerung sei nur vorübergehend. Doch spätestens Russlands Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 und die daraufhin explodierenden Energiepreise setzten dieser Hoffnung ein jähes Ende.

## **TEUERUNG BEI KERN-INFLATION ANGEKOMMEN**

Mittlerweile sinken die Energiepreise wieder. Auch der Österreichische Gaspreisindex (ÖGPI), der sich an den europäischen Großhandelspreisen orientiert, fiel im April 2023 im Vergleich zum Vormonat um knapp 31 Prozent und liegt gegenüber dem Vorjahr sogar um 46 Prozent niedriger. Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, dass sich die Inflation damit erledigt hätte.

Um die aktuelle Dynamik bei den Preisen zu verstehen, ist das Konzept der sogenannten Kerninflation unerlässlich. Sie klammert den Anteil der volatilen Preise im Energie- und Lebensmittel- >

## „Bei der Bekämpfung der Kerninflation ist die Geldpolitik der wichtigste Hebel, den wir haben.“

**Monika Köppl-Turyna**  
Direktorin EcoAustria



**Inflationstreiber.** Seit dem Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine 2022 schossen die Energiepreise massiv in die Höhe. Der Effekt ist bis heute spürbar, denn die Energiepreise sind weiterhin der Haupttreiber der Inflation.

telhandel an der Gesamtinflation aus. Wenn es um die Ausarbeitung von geldpolitischen Maßnahmen geht, ziehen Ökonominen und Ökonomen deshalb meistens die Kerninflation heran.

Diese ist in der Eurozone nicht gesunken, sondern verharrt seit dem Herbst 2022 bei über 5 Prozent. In Österreich ist sie sogar weiter angestiegen und liegt inzwischen bei 7,6 Prozent. Das heißt: Preissteigerungen lassen sich nicht mehr nur auf die direkten Effekte der hohen Energiepreise zurückführen. Die Inflation ist also längst bei anderen Gütern und Dienstleistungen angekommen.

### DIE KERNINFLATION IN ÖSTERREICH, ERKLÄRT

Das habe mit dem Maßnahmenbündel zu tun, das die Regierung gegen die Teuerung ergriffen hat, erklärt Josef Baumgartner, Ökonom am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO): „In Österreich hat man weniger die Teuerung an sich als vielmehr die Auswirkungen der Teuerung abgedeckt, indem man Unterstützungsleistungen an alle ausgeschüttet hat, wie den Klimabonus und den Teuerungsausgleich.“

Tatsächlich entwickelte sich die Inflation hierzulande bis zum Sommer 2022 im Einklang mit Deutschland und der Eurozone, den zwei wichtigsten Vergleichsgrößen für Österreich. Erst danach ging die Inflationsschere zwischen Österreich und anderen Ländern auseinander

– auch weil in mehreren Ländern gezielte Maßnahmen ergriffen wurden, die im Gegensatz zu Österreich direkt bei den Preisen ansetzten.

Baumgartner verweist auf Frankreich, wo es beispielsweise schon vor der Energiekrise Beschränkungen bei den Strompreisen gab. In Spanien hingegen hat die Regierung Gas für die Stromproduzenten subventioniert, sodass die Preise auch für die Endverbraucherinnen und -verbraucher niedriger ausfielen. Das Ergebnis: Im März 2023 hatte Spanien mit 3,3 Prozent die niedrigste Inflationsrate in der EU. Und auch in Deutschland habe man mit dem Tankrabatt direkt die Preise für Treibstoffe gebremst, sagt Baumgartner.

Es gab zwar auch in Österreich einzelne Maßnahmen, die in diese Richtung gingen, zum Beispiel das Aussetzen des Ökostromförderbeitrags, eine Reduktion von Energieabgaben oder die Strompreisbremse. Letztere kam aber erst spät – im Dezember des letzten Jahres – und hatte dadurch wenig Einfluss auf die Gesamtinflation 2022. „Im Grunde hat man in Österreich die Energieversorger bei den Preisen walten lassen, wie sie wollten“, sagt Baumgartner.

### JETZT GEFRAGT: DIE ZENTRALBANKEN

Auch Monika Köppl-Turyna, Direktorin des Instituts für Wirtschaftsforschung EcoAustria, das mit seinen Analysen

unter anderem Grundlagen für politische Entscheidungen liefert, spricht sich gegen undifferenzierte Entlastungen aus, die nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet werden.

Ob die Handlungsoptionen des Staates tatsächlich so stark sind, darüber hat die Ökonomin aber Zweifel. Insbesondere bei staatlich subventionierten Preisbegrenzungen wie in Spanien sei Vorsicht geboten. „Das ist letztendlich ein Trick. Die Inflation sinkt dadurch nicht wirklich, sondern wird einfach in der Staatsverschuldung versteckt“, sagt Köppl-Turyna. Sie warnt vor der Auffassung, man müsse nur die Preise deckeln, dann sei alles gut – die Rechnung dafür

### KERNINFLATION

Kerninflation ist ein volkswirtschaftliches Konzept zur Messung der Inflation, das die Preisänderungen bei bestimmten Gütern nicht berücksichtigt. Die Kerninflationsrate schließt die Preise für Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak aus der Berechnung aus, da diese tendenziell stärkeren Schwankungen unterworfen sind. Die Kerninflation geht über diese Basisprodukte hinaus, die trotz Teuerung weiterhin gekauft werden.

## „In Österreich hat man weniger die Teuerung als vielmehr die Auswirkungen der Teuerung abgedefert.“

**Josef Baumgartner**  
WIFO-Ökonom



komme irgendwann in einer anderen Form wieder zurück.

Laut Köppl-Turyna sind die Maßnahmen der Regierung nicht allein für die hohe Kerninflation in Österreich verantwortlich. Weitere Faktoren seien der starke Stau der Ersparnisse (auch wegen der Corona-Unterstützungsmaßnahmen wie Kurzarbeit und anderer Hilfen für Unternehmen, die dadurch ihre Mitarbeitenden halten und weiter Löhne auszahlen konnten), die jetzt aber ausgegeben werden, und das außerordentlich hohe Wirtschaftswachstum nach Corona.

Auch Josef Baumgartner vom WIFO schätzt die Möglichkeit, die Inflation durch staatliche Maßnahmen zu beeinflussen, nunmehr als gering ein. Ist die Teuerung einmal bei der Kerninflation angekommen, gebe es erstens zu viele betroffene Produkte und Dienstleistungen und zweitens auch zu viele Marktakteure – viele davon im Ausland –, um Preiskontrollen effektiv durchsetzen zu können. Die Chance, der Teuerung entgegenzuwirken, als es vor allem noch die Energiepreise waren, die die Inflation trieben, sei in Österreich verpasst worden, so Baumgartner.

Wenn es jetzt um die Bekämpfung der Kerninflation geht, sind nicht mehr so sehr die Regierungen, sondern die Notenbanken gefragt. „Geldpolitik ist der wichtigste Hebel, den wir haben“, sagt Köppl-Turyna. Die Überlegung dahinter

lautet: Erhöht die EZB für den Euro-Raum die Leitzinsen, ist weniger Geld im Umlauf, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt und damit auch das Preisniveau.

Die Herausforderung besteht nun darin, dass die restriktive Geldpolitik die Nachfrage nicht zu stark drosselt. „Da sind dann wieder die nationalen Regierungen gefragt, um eventuell gegenzusteuern. Maßnahmen müssen aber treffsicher dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Ein positives Beispiel dafür ist der Wohnkostenzuschuss“, sagt Köppl-Turyna.

### HOHE LOHNABSCHLÜSSE UND IHRE AUSWIRKUNGEN

Was von Ökonominnen und Ökonomen weitgehend geteilt wird, ist die Erkenntnis: Die Inflation ist gekommen, um zu bleiben. Weil die Energiepreise über längere Zeit hoch blieben, flossen sie in die Preise anderer Güter und Dienstleistungen ein.

Noch hartnäckiger könnte die Inflation aber werden, sobald die höheren Preise auch höhere Lohnabschlüsse nach sich ziehen. Das würde womöglich eine gefährliche Lohn-Preis-Spirale auslösen: Um die verlorene Kaufkraft der Löhne auszugleichen, fordern die Gewerkschaften höhere Löhne, die Unternehmen aber geben ihre gestiegenen

Lohnkosten an Verbraucherinnen und Verbraucher in Form von höheren Endpreisen weiter. Verschiedene Gewerkschaften haben bereits höhere Löhne ausgehandelt; ob das Auswirkungen auf die Inflation haben wird, muss sich erst noch zeigen.

Josef Baumgartner geht jedenfalls davon aus, dass die Inflation in Österreich auch dieses Jahr über dem Schnitt der Eurozone und auch höher als in Deutschland bleiben wird.

Durch die fallenden Energiepreise wird die Inflation insgesamt immerhin um einige Prozentpunkte sinken. Die meisten Ökonominnen und Ökonomen gehen deshalb davon aus, dass die Inflation im Jahresschnitt einen oberen einstelligen Wert erreichen wird. Mit einer sinkenden Tendenz dürfte es auch im kommenden Jahr weitergehen. „Eine Inflationsrate von zwei Prozent, wie von der EZB angestrebt, werden wir vor 2025 aber wohl nicht mehr sehen“, erwartet Monika Köppl-Turyna.



**Teuerungswelle.** Beim Lebensmitteleinkauf ist die Inflation besonders spürbar. Die Bundesregierung prüft ein Maßnahmenpaket gegen die massive Teuerung.



**Inflationsrechner.** Auf der Website der Statistik Austria findet sich ein „persönlicher Inflationsrechner“, bei dem man anhand der persönlichen Ausgaben die individuelle Inflationsrate mit der nationalen vergleichen kann.

[www.statistik.at](http://www.statistik.at)



Im Gespräch

Notenbankchef. Robert Holzmann ist seit 2019 Gouverneur der OeNB. Der Wirtschaftswissenschaftler war von 1997 bis 2011 in verschiedenen Positionen bei der Weltbank in Washington beschäftigt.

## „Alle ziehen an einem Strang“

Welche Rolle die Zentralbanken im Kampf gegen die Inflation spielen, erklärt **Robert Holzmann**, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank, im Interview.

Die Fragen stellte Teseo La Marca

**E**ine häufige Kritik an der Europäischen Zentralbank (EZB) lautet, sie habe zu lange gezögert, um Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen.

Die EZB steuert die Geldpolitik anhand von Fakten und Prognosen, die sie nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Verschiedene Unsicherheitsfaktoren haben eine eindeutige Einschätzung der zukünftigen Preisdynamiken in den letzten zwei Jahren erschwert. Ich würde das Vorgehen des EZB-Rats daher nicht als *zögerlich*, sondern vielmehr als *sorgfältig abgewogen* beschreiben.

Inzwischen ist die Teuerung bei der Kerninflation angekommen. Wie antwortet die EZB darauf?

Die EZB hat bereits im Dezember 2021 eine schrittweise Normalisierung der Geldpolitik angekündigt. Die Nettoankäufe von Vermögenswerten wurden im letzten Jahr eingestellt. Seit Juli 2022 hat die EZB außerdem mehrere Zins-

schritte im Ausmaß von bisher 3,5 Prozentpunkten gesetzt, um der Inflationsentwicklung entgegenzuwirken.

Höhere Leitzinsen sind das klassische geldpolitische Instrument gegen Inflation. Welche Überlegung steckt dahinter?

Leitzinserhöhungen wirken durch eine Vielzahl von Effekten dämpfend auf die Nachfrageseite der Volkswirtschaft. Infolgedessen entschleunigen sich auch die preis- und lohntreibenden Dynamiken in der Volkswirtschaft – und somit sinkt die Inflation.

**„Leitzinserhöhungen wirken durch eine Vielzahl von Effekten dämpfend auf die Nachfrageseite der Volkswirtschaft.“**

Welche Gefahren bringen höhere Zinsen mit sich?

Höhere Zinsen können die Stabilität des Finanzmarktes gefährden, sollten beispielsweise Banken nicht ausreichend für ein Umfeld mit erhöhtem Zinsniveau vorgesorgt haben. In der Eurozone sind Banken aber einem strengen Regelwerk unterworfen und absolvieren regelmäßig Stresstests. Dadurch entstehen Finanzmarktstabilitätsrisiken erst gar nicht oder werden frühzeitig erkannt.

Welche Rolle spielt die Oesterreichische Nationalbank im Kampf gegen die Preissteigerungen?

In puncto Preisstabilität ziehen alle Zentralbanken des Eurosystems an einem Strang. Als Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank bin ich ein ständiges Mitglied des EZB-Rats und trage in dieser Rolle aktiv zur geldpolitischen Entscheidungsfindung bei.



# Der 360°-Blick auf Unternehmen

Schnell, einfach, aktuell



Entscheidende Geschäftserfolge beginnen mit den richtigen Informationen. **Auf [wirtschaft.at](https://www.wirtschaft.at) finden Sie tagesaktuelle Informationen zu österreichischen Unternehmen.** Holen Sie sich direkt und online aktuelle Daten über Unternehmen, von Eigentums- und Beteiligungsverhältnissen über Organe bis hin zu Personen, Gewerbeberechtigungen, Marken und Patenten. Zu unseren rechtlich gesicherten Datenquellen gehören u. a. das österreichische Firmenbuch, das österreichische Patentamt und das Gewerbeinformationssystem Austria. So bleiben Sie immer zuverlässig informiert.

# Info.Sicher – Kostenloses Bildungs- angebot für digitale Medienkompetenz

Digitale Medienkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation des 21. Jahrhunderts, die den sicheren Umgang mit digitalen Informationen und Inhalten voraussetzt. Angesichts aktueller Phänomene wie Fake News, Filterblasen, Verschwörungstheorien oder Phishing-Mails ist die Förderung einer fundierten Medienkompetenz von wesentlicher Bedeutung. Info.Sicher ist ein von Expert\*innen der Mediengruppe Wiener Zeitung zusammengestelltes Kursangebot.

## Vorteile und Nutzen für Interessierte:

- ✓ Basiswissen im sicheren und kritischen Umgang mit Informationen und digitalen Inhalten
  - Erkennen von Fake News, Filterblasen und Verschwörungstheorien
  - Sicherheit im Internet – Antivirenschutz, Passwörter, Umgang mit Phishing-Mails, Datenschutz
  - eGovernment – Verwaltungsdienste digital nutzen
- ✓ Standortbestimmung und Orientierung an der individuellen digitalen Medienkompetenz
- ✓ DigComp-2.2-AT-konform
- ✓ Abschluss mit dem „Info.Sicher-Zertifikat“

## Das Kursangebot für Gruppen und Einzelpersonen:

Das Kursangebot eignet sich ideal für Gruppen von bis zu 25 Teilnehmer\*innen sowie Einzelpersonen. Wenn Sie sich für eine Einzelanmeldung zu einer Terminserie interessieren, freuen wir uns über Ihren Anruf.

Die Kurse sind sowohl online als auch in Präsenz verfügbar und bestehen aus vier kurzweiligen Modulen à 2,5 Stunden.

**Modul 1:** Verschwörungstheorien, Fake News und der mündige User

**Modul 2:** Daten in der digitalen Ökonomie

**Modul 3:** Als Bürger\*in im Internet

**Modul 4:** Prüfungsvorbereitung und Zertifikatsprüfung

## JETZT ANMELDEN:

- telefonisch unter 0732 / 78 80 78 808 (Mo-Fr 9:00-13:00 Uhr) oder
- online unter [www.medienwissen.at/infosicher](http://www.medienwissen.at/infosicher)